

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Verlegt durch alle Postanstalten zum Preise von Mk. 1,50
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephon 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreigespaltene Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung
und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 45.

Cöln, den 9. November 1906.

VII. Jahrgang.

Schwarzwälder Arbeiter und Arbeiterinnen, wacht auf!

Unter diesem Titel erschien vor einiger Zeit im Verlage
Stuttgarter Sekretariats eine Broschüre, die in über-
der Sprache der Schwarzwälder Arbeiterschaft die Mög-
lichkeit und Möglichkeit einer Verbesserung ihrer Lage
gewerkschaftlichen Zusammenschluss vor Augen führt.
Es scheint allmählich auch größere Beachtung zu finden.
den Reihen der Zahlstellen heraus wurde alsbald der
laut, mit einer allgemeinen Lohnbewegung
der Uhrenindustrie des ganzen Schwarz-
wäldes einzufehen. Die Bezirksleitungen des christlichen
und unseres Holzarbeiterverbandes leiteten daraufhin
den Vorarbeiten ein und traten auch an die Verbände
Nichtungen heran. Die sozialdemokratischen Verbände
der Rente des Herrn Vorhöfner in Stuttgart, lehnten
Kommunizieren ab mit der Begründung, eine Bewegung
führt. Trotzdem reichten sie dann ebenfalls sogenannte
Kampfforderungen ein. Das äußerst „sonderbare“
den richtig zu würdigen, müssen wir uns heute noch
um nicht den Arbeitgebern das Spiel leicht zu
wie es durch Flugblätter von Seiten der Gegner
ist. Unsere Kollegen haben denn auch überall er-
bitten, daß sie auf keine Anpassung, keine Herausforderung
werden, bis die ganze Bewegung für die Arbeiter
geführt ist. Ihnen ist im gegebenen Augenblick,
die materielle Existenzverbesserung auf dem Spiele steht,
darum zu tun, die so bitter notwendige Einigkeit hoch-
zuhalten. Wenn man das auf anderer Seite nicht
zur Zeit einer Lohnbewegung kann,
mögen hieran die Schwarzwälder Arbeiter
ihren Freunde erkennen.

Die Forderungen, die wir eingereicht hatten, ist von
Arbeitgebern an unsere Verbände folgende Antwort
gekommen:

„Wir bekämpfen Ihnen höchst den Eingang Ihres Kund-
schr. Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in der Uhren-
und den verwandten Industrien des Schwarzwaldes.
Antwort auf die gestellten Forderungen werden wir den
unmittelbar bekannt geben. Hochachtungsvoll die Arbeit-
erschaft der Uhrenindustrie und der verwandten Industrien des
Schwarzwaldes. J. A. Andr. Gasser.“

Diese hier erwähnte Antwort an die Arbeiter bestand
in längerem Flugblatt, in dem in gewundenen Aus-
drücken die gestellten Forderungen rundweg abgelehnt
wurden. Den Forderungen der „Freien“ ist man in zwei
Punkten entgegengekommen. Diese sind mit Fettdruck be-
sonders hervorgehoben. Diese „fetten“ Worte sind aber äußerst
dünn. Es handelt sich zunächst um einen 25 pro-
zentigen Zuschlag für Ueberstunden. Es ist aber doch nicht
zu erwarten, daß eine solche Forderung, möglichst viel durch Ueber-
stunden zu verdienen, sondern durch eine solche Mehrforderung
die Ueberstunden einzuschränken. Das wollen auch die Arbeitgeber,
sagen, daß sie sich die möglichste Einschränkung des
Ueberstundenwesens werden angelegen sein lassen. Es war
auch die Bewilligung äußerst leicht.

Auf die von uns gestellte Forderung einer Lohner-
höhung von 10% antworten die Arbeitgeber, daß die
des Schwarzwaldes keineswegs zurückstehen hinter den
anderen Industriebezirke. So allgemein gefaßt, trifft
Einwand keineswegs zu und wenn er für einzelne
anderer Industrien zutrifft, ja die Löhne dort
noch tiefer stehen, so berührt das die Schwarzwälder
Industrie nicht. Und selbst wenn der fragliche Hinweis
wäre, ist denn der Umstand, daß die Arbeiter in an-
deren Industrien und Bezirken hungern, ein Grund dafür,
daß die Schwarzwälder Uhrenarbeiter weiter Ent-
schuldigungen leiden sollen? Eine Uebertreibung aber ist es,
wenn man zu wollen, die Löhne haben mit der Verteuerung
des Lebensmittels gleichen Schritt gehalten. Was aber
den Hinweis auf die Konkurrenz anbelangt, so tragen
die Schwarzwälder Arbeiter keine Schuld, wenn die Arbeit-
erschaft durch gegenseitiges Unterbieten so weit gekommen sind.
Wir nur, nach welcher Seite hin sich dieselben zusammen-
finden. Auskunft gibt folgende Notiz einer Stutt-
garter Tageszeitung:

Die Lohnbewegung in der Schwarzwälder
Industrie. Eine Versammlung der Arbeitgeber der
und Metallwarenbranche des bairischen und württembergi-
schen Schwarzwaldes lehnte die von den Gewerkschaften geforderte

Lohnerhöhung ab, machte jedoch einige Zugeständnisse bezüglich
der Arbeitsbedingungen. Eine Kommission wurde zur Verhand-
lung mit den Arbeitern bestimmt. Die Beratungen über
eine Preisvereinbarung scheinen nicht zu einem bestimmten Ergeb-
nis geführt zu haben.“

Arbeiter, merkt ihr was? Ueber eine Preisvereinbarung
ist man nicht einig geworden, einig aber wurde man
darüber, daß man jede, auch die bescheidenste
Arbeiterforderung zurückweisen müsse. Und dann
will man die Konkurrenz, die man selbst verschuldet hat, vor-
schützen, um eine Lohnerhöhung zu verweigern. Auch das
Ausland muß herhalten. Dabei ist bekannt, daß Amerika,
das hauptsächlich in Betracht kommt, und England, oft doppelt
so hohe Löhne und zwar relativ doppelt so hohe Löhne hat,
bei bedeutend kürzerer Arbeitszeit. Also auch das zieht nicht.
Uebrigens ist ja auch in den doch ganz gewiß bescheidenen
Forderungen genügend auf die Verhältnisse Rücksicht genommen
worden. Der Hinweis, die Löhne seien auf dem Schwarz-
walde genügend, wird aber besonders gut illustriert, wenn
man bedenkt, daß bereits vor einigen Jahren, als die
Teuerung noch nicht so fühlbar war, ein vollständig unbeein-
flußter und unparteiischer, lediglich nach wissenschaftlicher
Wahrheit forschender Mann festgestellt hat, daß die
Schwarzwälder Uhrenarbeiter durchschnittlich
43% weniger verdienen, als zur Erhaltung
ihrer körperlichen und geistigen Gesundheit
unbedingt notwendig ist. Und gegenüber dieser wuch-
tigen Tatsache glaubt man auch noch eine 10 prozentige Loh-
nerrhöhung verweigern zu müssen!

Arbeiter-Ausschüsse braucht man natürlich auf
dem Schwarzwalde auch nicht nach Ansicht der Unternehmer,
„da jeder Arbeiter die Möglichkeit hat, seine Wünsche und
Beschwerden dem Arbeitgeber persönlich vorzutragen“. Aller-
dings, er hat auch die „Möglichkeit“, mit seinen Wünschen
schroff abgewiesen zu werden, oder auf die Erfüllung derselben bis
zum St. Nimmerleinstag zu warten.

Besonderes Interesse verdient folgender Schlusssatz der
Antwort:

„Wir werden die Beschwerden der Arbeiter stets gewissen-
haft prüfen und uns darum bemühen, daß das bisherige gute
Einkommen zwischen beiden Teilen erhalten bleibt. Wir
hoffen, daß der gesunde Sinn der Arbeiterschaft es ablehnen wird,
der Führung von Männern zu folgen, welche, wohl selbst irre-
geführt, mangels aktueller Beschwerden mit der Bergangenheit an-
gehörigem Agitationsstoff operieren, wie schon aus dem Inhalt
einzelner Forderungen hervorgeht, die von beteiligten Arbeitern
selbst nicht gestellt oder begründet werden könnten.“

Wenn die Sache nicht so bitter ernst wäre, könnte man
darüber lachen. Also alle Beschwerden der Arbeiter will man
gewissenhaft prüfen und im gleichen Atemzug lehnt
man in ungefähr 70 Druckzeilen alle, auch die bescheidensten
Wünsche der Arbeiter stolz zurück. Auf eine solche „Prüfung“
können die Arbeiter verzichten. Und dann das „gute Ein-
verständnis“. Wenn die Herren Arbeitgeber ein solches ernst-
lich wollen, dann kann es ihnen doch auch nicht unbekannt
sein, daß dieses nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung
doch auf Gegenseitigkeit beruhen muß. Oder glauben
denn die Herren, daß heute, wo der Schwarzwaldarbeiter
doch auch nicht mehr von gestern ist, ein gutes Einverständnis
dadurch erzielt wird, daß der Arbeitgeber beschließt und der
Arbeitnehmer gehorcht? Alle geschäftliche Disziplin hoch, die
verlangen auch wir. Im Betrieb, bei Herstellung der Arbeit,
hat der Arbeitgeber anzuordnen: aber über die Lohn- und
Arbeitsverhältnisse hat auch der Arbeiter mitzusprechen. Und
weil er es allein nicht kann, darum schließt er sich in der
Organisation zusammen. Wer es noch anders glaubt, lebt
mit seinen Gedanken in einer Zeit, die trotz schöner Wünsche
nicht mehr kommen wird. Daraus folgert auch, daß sich
die Arbeiter die ihnen geeignet erscheinenden Führer aus-
suchen, die dann allerdings den Arbeitgebern etwas unbequem
werden mögen. Aber einen Gegensatz hervorzurufen zwischen
den Führern und den organisierten Arbeitern, bringen die
Arbeitgeber schon deshalb nicht fertig, weil erstere Leute sind,
die aus den Arbeitern hervorgehen und weil die letzteren
auch wissen, daß ihre Interessen doch nur dann vertreten
werden, wenn sie sich an ihre Gleichen anschließen.

Wohin aber der „gesunde Sinn“ der Arbeiterschaft
führt, nachdem letztere eine solche Antwort erhalten hat, das
beweist der Umstand, daß die Zahl der Organisierten bei den
christlichen Metallarbeitern in den letzten Wochen um Hunderte
zugenommen hat. (Die meisten Uhrenarbeiter sind Metall-
arbeiter). Aber auch der christliche Holzarbeiterverband erhält

entsprechend seiner Ausdehnungsfähigkeit fortgesetzt neue An-
meldungen. Eine Zahlstelle ist in der letzten Zeit allein von
25 Mitgliedern auf 75 gestiegen; eine weitere Zahlstelle
kann demnächst gegründet werden.

Die Arbeiter mögen aber auch noch immer mehr er-
kennen, daß die gegen sie gerichtete Vereinigung der Arbeit-
geber jeden charaktervollen Arbeiter verpflichtet, ebenfalls
Anschluß an seiner Vereinigung, an die christl. Gewerkschaften
zu suchen.

Von der Ausdehnung und dem Umfang dieser Einsicht
wird auch der endgiltige Erfolg der jetzigen Bewegung ab-
hängen. Alle weiteren Schritte, die unternommen werden,
entziehen sich heute noch der Möglichkeit öffentlicher Dar-
stellung. Eins aber noch, Ihr Schwarzwaldarbeiter: arbeitet
mit Anspannung aller Kräfte an dem Ausbau unserer Orga-
nisation. Solches ermöglicht am ehesten eine Antwort auf
die Antwort der Unternehmer.

Probleme der Arbeitslosenversicherung.

Einer der ersten Versuche auf dem Gebiete der Arbeits-
losenversicherung, war die Gründung der „Stadtkölnischen
Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter“ im
Jahre 1896. Das „Reichsarbeitsblatt“, das schon in mehreren
Heften die Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit
behandelt hat, kommt in seiner Septemberrummer eingehend
auf genannte Kasse und die bisher gemachten Erfahrungen
zurück. Obgleich feststehen dürfte, daß die vollendetste Form
der Arbeitslosenversicherung die heute vorhanden, diejenige der
Gewerkschaften ist, so verdienen jedoch alle Bestrebungen
Beachtung, welche die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern
bestrebt sind.

Bei der stadtkölnischen Versicherungskasse beruht die Mit-
gliedschaft nach den Organisationsstatuten auf Freiwilligkeit.
Die Versicherung ist beschränkt auf männliche Arbeiter und
auf die Wintermonate. Die Kasse ist keine kommunale Anstalt,
sondern hat privaten Charakter, wenngleich sie von der Stadt
Subvention erhält. Als Versicherte kommen der Kasse beitreten
männliche Arbeitnehmer, welche mindestens 18 Jahre alt sind,
wenigstens 2 Jahre in der Stadtgemeinde Köln Wohnsitz
haben und nicht dauernd arbeitsunfähig sind. Der Beitrag
war ursprünglich einheitlich auf 25 Pfg. festgesetzt und in
der Zeit vom 1. April während 34 aufeinander folgenden
Wochen zu leisten. Die Leistungen der Kasse bestehen in
besonderer Berücksichtigung der arbeitslos gewordenen Mit-
glieder beim Arbeitsnachweis und, soweit Arbeit nicht verschafft
werden kann, in Zahlung eines Tagelohnes für die Dauer
von 8 Arbeitswochen. Das Tagelohn beträgt für die ersten
21 Tage 2 Mk., nachher 1 Mk. Organe der Kasse sind der
Vorstand, der Ausschuss der Versicherten und die Generalver-
sammlung. Die Geldmittel der Kasse werden satzungsgemäß
durch Beiträge der Ehrenmitglieder und Patrone, der Ver-
sicherten und der Stadtgemeinde Köln aufgebracht.

Die Einrichtungen der Kasse wurden in den ersten
Jahren ihres Bestehens wenig beanprucht, obwohl die Ver-
waltung ständig bestrebt war, die Bestimmungen des Statuts
in einer Reihe von Punkten noch weiter zu mildern und den
Anschauungen der Arbeiter näher zu bringen. Die Forderung
zweijährigen Wohnsitzes in Köln wurde auf ein Jahr ermäßigt,
die Frist zur Einreichung der Versicherungsanträge bis zum
1. Juli herausgeschoben. Arbeit sollte nur anzunehmen sein,
wenn sie dem Berufe des Arbeitslosen tunlichst entsprach.
Trotz dieser Erleichterungen blieb die Benutzung der Kasse
seitens der Arbeiter bis 1901 infolge der günstigen wirtschaft-
lichen Konjunktur gering. Die Bestimmungen wurden noch
weiter gemildert. Es wurde nur noch halbjähriger Wohnsitz
in Köln verlangt. Arbeit sollte nur anzunehmen sein, wenn
sie außer dem Berufe auch dem bisherigen Verdienste tunlichst
entsprach. Die Höhe der Wochenbeiträge wurde geändert,
und zwar wurde sie geschieden nach gelerntem Arbeiter und
und ungelerten. Heute zahlen die ersteren 45, die letzteren
35 Pfg. Außerdem ergab sich, als mit dem Umschlag der
Konjunktur die Inanspruchnahme der Kasse einsetzte, die Not-
wendigkeit, eine Bestimmung einzuführen, daß Personen von
der Versicherung ausgeschlossen werden, die eine regelmäßige
Beschäftigung nicht nachzuweisen vermögen.

So wie die Entwicklung der Kasse in Köln sich ge-
staltet hat, ist die Kasse recht eigentlich nur eine Kasse für
die Arbeiter des Baugewerbes und seiner Hilfsberufe ge-
worden, deren stille Saison in die Wintermonate fällt, ein
Ergebnis, das mit den ausländischen Erfahrungen bei
facultativer Versicherung übereinstimmt. Der Kreis der Ver-
sicherten hat bisher im Höchstfall die Zahl von 1717 erreicht,
ist mithin im Verhältnis zur kölnischen Arbeiterschaft ein nur
sehr geringer. Für die Entwicklung der Kasse ist die nach-
stehende Uebersicht von Bedeutung.

Jahre	Die Wochenbeiträge der Versicherten			
	betragen über Haupt	betragen Prozent der Einnahmen	decken Prozent der Ausgaben	decken Prozent der Tagegelber
1896/97 . . .	1 008,00	0,9	19,7	42,8
1897/98 . . .	2 218,25	19,0	37,4	68,8
1898/99 . . .	2 445,00	20,0	45,0	78,1
1899/00 . . .	2 015,00	18,8	30,8	42,7
1900/01 . . .	4 585,25	35,1	21,8	28,8
1901/02 . . .	12 541,25	60,0	37,8	41,4
1902/03 . . .	14 585,00	84,1	44,8	49,7
1903/04 . . .	20 011,00	41,8	45,8	49,8
1904/05 . . .	21 004,00	42,4	48,7	48,8
1905/06 . . .	21 955,10	43,4	78,4	91,7

Bis 1905 deckten demnach die Beiträge der Versicherten noch nicht die Hälfte der Ausgaben. Erst im Geschäftsjahre 1905/06 hat die ungewöhnlich günstige Konjunktur dies Bild zugunsten der Kasse verschoben. Finanziell ist die Kasse als gesichert zu betrachten, einmal durch den nicht unbeträchtlichen Vermögensgrundstock, den sie bei der Gründung mit erhalten hat, sodann durch den Beitrag der Stadt und schließlich dadurch, daß die Zulassung zur Versicherung statutenmäßig jederzeit gesperrt werden kann.

Besonders beachtenswert sind die Leistungen des mit der Kasse verbundenen Arbeitsnachweises, der im Jahre 1905/06 von 1087 begünstigten Arbeitslosen 128 dauernd und 902 vorübergehend Arbeit verschaffte, wodurch die Ausgaben der Kasse an Tagegelbern auf den dritten Teil des Beitrages ermäßigt wurden, den sie zu leisten gehabt hätte, wenn eine solche Arbeitsvermittlung nicht stattgefunden hätte.

Die Punkte, welche bei obligatorischer Arbeitslosenversicherung Schwierigkeiten zu bereiten pflegen, die Feststellung der unverschuldeten Arbeitslosigkeit, die Kontrolle der Arbeitslosigkeit und die Annahmepflicht von Arbeit scheinen bei fakultativer Versicherung weniger Beschwerlichkeit bereiten zu haben. Bei der Feststellung der „unverschuldeten“ Arbeitslosigkeit hat man sich anscheinend darauf beschränkt, nur die größten Fälle von Selbstverschulden auszumergen, im übrigen aber die Frage nach dem Verschulden in den Hintergrund treten lassen. Es kommt hinzu, daß es sich in Köln um einen kleinen Personenkreis, fast ausschließlich um Bauarbeiter handelt, bei denen in den Monaten Dezember, Januar, Februar die Witterung und die tote Saison der offensichtliche Grund der Arbeitslosigkeit sind. Dadurch erleichtert sich die Aufgabe wesentlich. Im übrigen tritt die Bedeutung der Frage auch zurück angesichts der guten Wirksamkeit des Arbeitsnachweises, welcher den Arbeitslosen sofort vor die Frage erneuter Annahme von Arbeit stellt. Ebenso hat die Frage des Annahmepflichts von Arbeit zu Schwierigkeiten anscheinend nicht geführt; die Geschäftsberichte erwähnen jedenfalls diesbezüglich nichts und die guten Vermittlungsergebnisse des Arbeitsnachweises, welcher 1904/05 etwa 90% der Arbeitslosen vorübergehend Arbeit verschaffte, sprechen dafür, daß der Arbeitsnachweis bei Ausübung seiner Vermittlungstätigkeit auf unüberwindliche Hindernisse nicht gestoßen ist. Verhältnismäßig am meisten Schwierigkeit scheint man mit der Feststellung des Eintritts der Arbeitslosigkeit gehabt zu haben. Die Geschäftsberichte von 1901/02 und 1902/03 erwähnen, daß verschiedentlich Entlassungsgenehmigungen gefällig wurden, um den Nachweis der Arbeitslosigkeit zu führen, und daß auch sonst vielfach falsche Angaben gemacht wurden. Im Winter 1901/02 wurden 22 solche Fälle festgestellt, im Winter 1902/03 21 Fälle.

Die Kontrolle während der Arbeitslosigkeit scheint bei täglich zweimaliger Meldung am Arbeitsnachweis, der gut geleitet ist, nach den Geschäftsberichten zu Anständen nicht geführt zu haben. Es kann freilich dahingestellt bleiben, ob die Arbeitslosen nicht trotzdem Nebenbeschäftigungen ausgeübt haben, die nicht zur Kenntnis des Arbeitsnachweises gelangt

sind. Hervorzuheben ist überdies, daß es sich nur um einen kleinen Kreis von Versicherten (noch nicht 2000) handelt, wodurch sich die Kontrollfrage naturgemäß nicht unwesentlich erleichtert, sehr viele Schwierigkeiten überhaupt nicht hervortreten.

Zusammenfassend, wird man vor allem hervorheben dürfen, daß in Köln in letzter Zeit durch die Verbindung mit dem Arbeitsnachweis besonders günstige Ergebnisse erzielt sind, daß es sich um eine gut geleitete Kasse handelt, die zwar nicht durch die eigenen Beiträge der Versicherten, aber mit Hilfe des städtischen Beitrages und anderer Einnahmequellen auch finanziell bis auf weiteres sicher gestellt erscheint. Auf der andern Seite ist der Umfang, in welchem Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit geschaffen wird, dem Kreis der Versicherten nach nur ein sehr beschränkter, und gerade die bedürftigsten Elemente fehlen, zumal auch der Wochenbeitrag 85—45 Pfg. beträgt und bei diesem Teile der Arbeiterschaft nicht die genügende Initiative zur freiwilligen Versicherung besteht. Versichert sind bald ausschließlich Bauarbeiter, die ohnehin in Anbetracht der stillen Winterfaison zum Teil mit die am höchsten gelohnte Arbeiterklasse bilden und denen der städtische Beitrag mithin fast ausschließlich zugute kommt, und in viel geringerem Maße auch die Tagelöhner.

Tätigkeitsbericht des Sekretariats München.

Vom 1. April bis 31. September 1906.

Seit dem Bestehen unseres Verbandes hat derselbe noch keine so ereignisvolle Zeit gehabt, wie die nun verlossene Berichtsperiode. Der wirtschaftliche Aufschwung auf der einen Seite und die fortwährende Preissteigerung fast aller Lebensbedürfnisse andererseits, hatten zur Folge, daß die organisierte Arbeiterschaft auf der ganzen Linie, soweit dieselben nicht schon früher Tarife abgeschlossen hat, im Zeichen einer Lohnbewegung stand. Und wo es heuer aus bestimmten Gründen nicht angängig war, vorzugehen, dort besteht bei den Kollegen sicherlich die Hoffnung, das nächste Jahr eine Verbesserung zu erzielen. Das letztere Bestreben tritt auch bei den jüngsten Zahlstellen dermaßen hervor, daß künftig es kaum noch vorkommen dürfte, daß Zahlstellen an Orten 4—5 Jahre bestehen, ohne durch den Verband direkte Erfolge erreicht zu haben. Easächlich ist auch die gegenwärtige Zeit für Lohnforderungen geeignet, da die Klagen über höhere Ausgaben im Haushalte allgemein sind und selbst von dem hartnäckigsten Arbeitgeber nicht geleugnet werden können. Aber auch in Bezug auf Arbeitszeiterkürzung fanden wir hier im Süden keinen so harten Widerstand, wie ihm die Kollegen im Norden begegnen, was wohl teilweise auf eine bessere Einsicht, sowie auch auf den Druck der Organisation zurückzuführen ist.

Im Sekretariatsbezirk war unser Verband neunmal an Lohnbewegungen beteiligt, neben noch einer größeren Anzahl kleineren Werkstattbifferenzen. Die Grundlagen der Lohnbewegungen bestanden hauptsächlich in Forderungen nach einem Minimallohn, der zwischen 38 bis 50 Pfg. die Stunde betrug; des ferneren einer Arbeitszeit von 53 bzw. 56 Stunden in der Woche. Ein Minimallohn von 37 bis 40 Pfg. die Stunde wurde erreicht in den Städten Reichenhall, Rempten und Ulm. In Tölz beträgt derselbe 3 Mk. pro Tag. Die Arbeitszeit wurde in den genannten Orten auf 9 1/2 Stunden pro Tag festgesetzt. In München wurden von uns selbstständig vier Tarife abgeschlossen und zwar bei den Schreibern und Maschinisten, Sägem, Orgelbauern und Parketttschreibern. Was erreicht wurde, ist in der Hauptsache folgendes: ein Mindestlohn bei den Sägem von 40 Pfg., bei den Schreibern, Orgelbauern und Parkettlegern 47 bzw. 50 und 70 Pfg. die Stunde. Die Arbeitszeit ist bei den Sägem auf 60 Stunden, bei den übrigen Branchen auf 53 Stunden in der Woche festgesetzt. Ihrer schwachen Organisation zur Folge haben die Kollegen in Straubing nur geringere Erfolge er-

zielt. Ein Sägerstreik in Rempten ging verloren. Die Gesamtsumme der erzielten Verbesserungen beträgt für den von unserem Verband in Betracht kommenden Kollegen 50 000 Mk. pro Jahr; an Arbeitsverkürzung 48 500 Pfg. für die gleiche Zeit.

Bei allen Lohnbewegungen außerhalb Münchens wir mit den „Freien“ paktiert, ein Zeichen, daß ein Zusammenarbeiten im Wirtschaftskampfe wohl möglich, auf der roten Seite ein ehrlicher Wille vorhanden ist. gegen kam es in München, sowohl bei den Schreibern, Orgelbauern, zu heftigen Fehden, die damit endeten, jeder Verband für sich einen Tarif abschloß; dadurch ein unsaubere Plan der „freien“ Führer, unsern Zahlstellen zuzuschalten, zu Schanden geworden. Daß dieser Kampf aus unehrlichen Motiven entsprang, habe die Hauptwiederholt bestätigt, und zeigt dieses auch der Umstand, zur selben Zeit wir in der Parkettbranche gemeinsam gehen konnten. Neben den Lohnbewegungen, die aller viel Zeit in Anspruch nahmen, wurde in der vergangen Berichtszeit das Hauptgewicht auf die

innere Stärkung der Zahlstellen

gelegt. Die hohen Summen, die der Verband für Kämpfe verausgabte, sowie die Gewißheit, daß die noch größere Opferwilligkeit erfordert, ließ erkennen, daß Beschlüsse auf dem Verbandstage gefaßt werden mußten. Die Kollegen gaben sich keiner Täuschung hin und darauf gefaßt, daß der 50 Pfg. Beitrag beschlossenen. Erfreulich ist nun der Umstand, daß mit Ausnahme sechs, sämtliche Zahlstellen nach der Beitragserhöhung sofort Lokalbeiträge eingeführt haben. Die Durchführung der Lohnbewegung sowie der Verbandstagsbeschlüsse haben die Zeit zur

Agitation

erheblich beschränkt. Doch war es möglich, dem Verband wieder neue Gruppen zuzuführen, indem neue Zahlstellen errichtet wurden in Berchtesgaden, Altdorf, Ingolstadt, Garinisch-Parkettkirchen. In Ingolstadt haben die Kollegen mit einem fanatischen Haß der „Genossen“ zu rechnen, ist dieser so recht aus dem jüngst geschehenen Vorfall zu sehen, indem man einen unserer Kollegen krank geschlagen hat. Doch vermögen auch diese kulturwidrigen Vorkommnisse den Fortschritt unseres Verbandes nicht aufzuhalten. Gegenteils, dadurch wird unseren Kollegen stets zum Bewußtsein gebracht, daß nur sie ehrlich für die Erlangung menschwürdiger Zustände kämpfen. Ein Fortschritt ist auch in der Beteiligung an der Diskussion in den

Bersammlungen

zu verzeichnen. Wünschenswert wäre nur, daß die parlamentarischen Regeln in denselben mehr Beachtung finden würden und daß sich einzelne Kollegen es angelegen sein ließe, die Bersammlung auch richtig zu leiten. Bersammlungen mit Referaten wurden 79 abgehalten, neben der Teilnahme an 28 Sigungen. Kassen wurden an drei Orten revidiert.

Korrespondenz

war lebhaft. Eingelaufen sind 134 Briefe und Drucksaften 178 Karten und 8 Telegramme. Ausgelaufen: 110 Briefe, 78 Drucksaften, 222 Karten und 5 Telegramme.

Alle Kollegen, die befähigt sind, agitatorisch zu wirken, möchte ich auch an dieser Stelle ersuchen, in Zukunft abseits zu stehen, sondern mit besten Kräften an der Stärkung des Verbandes mitzuarbeiten. Rudolf Schma-

Tätigkeitsbericht des Sekretariates Düsseldorf.

(1. April bis 31. September 1906).

Die Berichtsperiode erhielt ihr Gepräge vornehmlich durch den in ihre Zeit fallenden 4. Verbandstag unseres

Die sittliche Auffassung des sozialen Lebens.

Gelegentlich einer politischen Veranstaltung hielt Herr Generaldirektor Dr. A. Pieper von der Zentralfstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland eine bemerkenswerte Rede, die vor allem auch deshalb die Beachtung der christlichen Gewerkschaftler verdient, weil in ihrer Einleitung die Richtlinien der Wirksamkeit der christlichen Arbeiterbewegung treffend wiedergegeben werden:

„Es ist der christlichen Weltanschauung eigen,“ so führte Dr. Pieper aus, „daß sie den ganzen Menschen mit all seinem Streben und Wirken dem christlichen Sittengesetze unterordnet. Nicht in starrer Furcht, sondern in der freudigen Ueberzeugung eines Freien, der das schwache menschliche Denken und Wollen der höchsten Intelligenz Gottes und seiner Weltordnung unterstellt. Wir kennen deshalb keine vom göttlichen Sittengesetze unabhängige Kunst, Politik oder Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Gerade im Wirtschaftsleben, das jeden einzelnen von uns zur Befriedigung der Lebensnotwendigkeit tagtäglich in Anspruch nimmt, erscheint uns die Regelung durch göttliche Grundgesetze am meisten notwendig. In ihrer Verwirklichung sieht als Königin aller Tugenden die Liebe da, die höchste Aufgabe des einen an das Wohl anderer. Ihre höchste Entfaltung und zugleich den reichsten sozialen Segen offenbart sie in der Befolgung der evangelischen Räte, welche die Hingabe des einzelnen an den Nächsten bis zur größten Entfaltung bedeuten. An diesem Beispiel christlichen Selbstverständnisses einzelner Auserwählten hat sich die Gesamtheit der Gläubigen fest erwirmt zur Ausübung der für alle verpflichtenden Nächstenliebe. Von ihr geht die Weltwärme aus in die christliche Gesellschaftsordnung, angefangen von Gatten-, Mütter- und Elternliebe, Verwandtenliebe durch alle die Beziehungen menschlicher Beziehungen bis zur allgemeinen Menschenliebe, die auch im Sklaven, in den körperlich und geistlich Entarteten noch den Menschenadel hochachtet. Die christliche Nächstenliebe ist somit unter uns die unauflösbare verbindende Querschnur sozialer Hilfsbereitschaft, die Mutter der

Sozialpolitik geworden. Sie hat uns auch die Scheu eingepflanzt vor jeder Verletzung des Rechtes des Nächsten und uns dadurch das Gebot der sozialen Gerechtigkeit tief eingeschärft.

Diesen Werdegang des sozialen Gedankens können wir verfolgen von den ersten Anfängen sozialer Arbeit an. Gerechtigkeit und Liebe gelten uns als die beiden großen Kräfte, welche den Gesellschaftskörper zusammenhalten und lebenskräftig gestalten.

Im tiefsten Grunde ist es das sittliche Gebot der sozialen oder legalen Gerechtigkeit, das von uns diesen Ausgleich fordert. Diese Gerechtigkeit gebietet dem einzelnen, daß er dem Gemeinwohl und damit dem Wohl des einzelnen zuzukommen läßt, was ihm gebührt. Sie besagt leben und leben lassen, sie gebietet jedem Stande dasselbe Recht auf Entwidlung zur Wohlfahrt, daß jeder einzelne fest für sich in Anspruch nimmt, nicht bloß zuzugestehen, sondern es auch zu fördern. Die Anerkennung dieser Pflicht der Gerechtigkeit geht nicht etwa ursprünglich aus der Erwägung hervor, daß nur auf Grund dieses Vergleiches ein Waffenstillstand zwischen den Einzelpersonen und Interessengruppen möglich ist. Ein solcher Zustand würde nur von kurzer Dauer sein und den naturwüchsigen Selbsthaltungstrieb nicht in Schranken halten. Die christliche Auffassung der sozialen Gerechtigkeit geht vielmehr von der Ueberzeugung aus, daß ein jeder unlosbar in den Verband der menschlichen Gesellschaft eingegliedert ist. Ein jeder wird als hilfloses Kind in die Gesellschaft hineingeboren und seine körperliche und geistige Entwidlung ist abhängig davon, daß er Gesellschaftsglieder vorfindet, die sich ihm sozial verpflichtet fühlen. Und tritt später der einzelne selbstständig auf, so wird er immer mehr in wirtschaftliche Beziehungen hineingerissen. Niemals war der einzelne aber in solchem Maße Glied der großen menschlichen Gesellschaft, als heute wo mit der wachsenden Kultur auch die Arbeitsteilung, der wirtschaftliche und geistige Verkehr immer gewaltiger sich steigert. Es ist eine Uebertreibung, wenn der Sozialismus daraus keine übertriebenen Folge-

rungen auf allgemeine Vergesellschaftlichung aller wirtschaftlichen Tätigkeit ziehen will. Wohl aber hat der christliche Solidarismus recht, wenn er weitgehende Forderungen an den einzelnen stellt, mit Rücksicht auf das Gemeinwohl, dem geistlichen Ganzen unterzuordnen und für das Zusammenwirken zu wirken. Er sieht darin die Lebensbedingung der menschlichen Gesellschaft, daß einer für alle und alle einen einsehen. Der einzelne muß sich in der Verfolgung seines eigenen Interesses jene Opfer auflegen, welche die Wohlfahrt des anderen fordert. Er soll dieses Opfer bringen ähnlich wie sie der Gatte für den Gatten, der Bruder für den Bruder bringt, aus Wohlwollen für den anderen, Vertrauen, daß ihm mit gleichem Wohlwollen gelohnt wird. Es soll geschehen gleichsam in einem Gesellschaftsvertrage, durch welchen zwei Geschäftsinhaber sich in die Hand verpflichten, daß ein jeder für das Wohl der Unerneuerung arbeiten will, als wäre es nur sein eigenes Wohl.

Das ist eine hohe sittliche Auffassung sozialen Lebens. Stärkere Beweggründe dafür, als sie die christliche Weltanschauung gibt, finden sich anderswo nicht. Wenn wir uns Stand auf diese soziale Gerechtigkeit verpflichten zwecks Gleichheit der wirtschaftlichen Interessen, so wissen wir, daß es schon das Naturrecht diese Forderung aufstellt, daß das Christentum uns noch höhere Beweggründe gibt, um sie zu erfüllen. Darin sehen wir aber auch die Gewähr, um so eher das Gemeinwohl, in welchem das Wohl des einzelnen einbegriffen ist, am besten erreicht wird. Je mehr Hände sich vereinigen, um am Wohl des einzelnen Standes zu arbeiten, um so kräftiger muß es sich entfalten und sicherer werden der Selbstsucht des einzelnen, die allzu zerstörend wirkt, die notwendigen Schranken gewiesen. Es gibt jeder und erhält vielfältig zurückgelohnt, dann wird die menschliche Gesellschaft ein lebenskräftiger Organismus, den Zwecken des Schöpfers entspricht, daß ein Glied dem anderen Glied dient.“

in Essen. Hier wurden nach vorausgegangener, ein-
ber Beratung die Beiträge den heutigen Verhältnissen
erhöht und die Unterstützungsrichtungen be-
verbessert, so daß unsere Organisation hierdurch nach
Richtung hin an Leistungsfähigkeit zunahm. Es wurde
jedoch nicht überall in der richtigen Weise gewürdigt,
es in Zahlstellen mit geringen Verdienstverhältnissen
sich durch die durchgeführte Beitragserhöhung ein teil-
wärtig bemerkbar, der jedoch heute bald wieder
ist, während verschiedene größere Orte einen
nehmbareren Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatten
Allgemeinen jedoch kann das Ergebnis der diesmaligen
periode in bezug auf die Mitgliederzahl nicht befriedigen.
Winterhalbjahr muß dieses besser werden. Als ein
man muß es bezeichnend werden, daß kaum ein einziger
anderer Kollege sich bereit finden läßt, außerhalb der
Heerstraße Arbeit anzunehmen, auch wenn dieselbe
lohnend wäre; manche Zahlstelle könnte hierdurch ge-
oder neu gegründet werden.

Die Erhebung von Lokalbeiträgen ist in der Berichts-
zeit der Erhöhung der Beiträge in erheblicher Weise durch-
geführt worden. Es erheben heute 6 Zahlstellen 70 Pfg.,
23 Zahlstellen 60 Pfg., 2 Zahlstellen 55 Pfg.,
eine Zahlstelle 65 Pfg. In der kommenden Berichts-
zeit muß diese Zahl noch bedeutend größer werden.
Die Zahlstellen an Orten mit geringen Verdienst-
verhältnissen können hierzu übergehen. Die Gewerkschaft ist
einige Orte, wo auch der Arbeiter einmal in der Lage ist,
einem eingezahlten Gelde 100 oder sogar mehrere hundert
zu erhalten und um dieses Ziel zu erreichen, ist eine
Kassafasse erstes Erfordernis. In der nächsten Zeit wird
besonders Augenmerk darauf zu richten sein, daß sich die
noch bestehenden Vorortszahlstellen mit den
Zahlstellen verschmelzen, um hierdurch ihre Interessen
besser vertreten zu können. Gute Anfänge sind in dieser
Richtung in Düsseldorf gemacht worden; hier haben sich
zwei Zahlstellen der Düsseldorfer angeschlossen. Weiter
sich die beiden Zahlstellen Elberfeld und Warmen zu
Zwecke vereinigt. In Düsseldorf war es durch
Zusammenwirken mit den sämtlichen Vorortszahlstellen
einem Bedürfnis abzuhelfen und ab 15. September
Lokalbeamten, den bisherigen Vorstehenden Kollegen
freizustellen. Hierdurch wird das Sekretariat in
wesentlicher Weise entlastet.

In Lohnbewegungen war die Berichtsperiode sehr
und waren hieran 11 Orte, darunter einige mehrmals,
beteiligt. Dieselben führten zum Teil zu recht hartnäckigen
Kämpfen. In Remscheid wurde nach 13 wöchentlichem
Kampfe und nachdem ein Teil der Meister bewilligt hatte, der
im Februar begonnene Kampf abgebrochen. In
Eisen gelang es unseren Kollegen bei verschiedenen
Orten auf friedlichem Wege die Einführung der 10 stündigen
Arbeitszeit, sowie Besserbezahlung der Ueberstunden und Lohn-
erhöhung zu erreichen. Die Lohnbewegung der Arbeiter in
Kleinfabrikanten in G. In brachte nach teilweisem Kampfe
die Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit, sowie der
Forderungen. Bei der Firma von Kirfel und
in Aachen waren wir gezwungen, zur Hochhaltung
der festgelegter Lohnerhöhungen in einen 9 tägigen
Kampfe einzutreten, der mit einem vollen Erfolge endete.
In heftigen 14 wöchentlichem Kampfe führte die Forderung
der 10 stündigen Arbeitszeit in Düren, der denn mit dem
Abschlusse eines auf 2 Jahre festgesetzten Vertrages endete.
In Elberfeld gelang es auf friedlichem Wege die Ein-
führung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit mit dementsprechender
Lohnerhöhung durchzusetzen. Zu einem 4 wöchentlichem
Kampfe wegen Lohnkürzungen kam es in der
Fabrik Hein dortselbst, der dann durch beiderseitiges
Einverständnis beendet wurde. In Stolberg wurde
die Forderung der Vorstelligen auf den einzelnen Werkstätten eine
Lohnerhöhung erreicht. Zu schweren Kämpfen
es in den niederrheinischen Orten Cleve, Beeze
und Boch. In Cleve wurde nach 3 wöchentlichem Kampfe
die Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit, sowie Lohn-
erhöhung und Besserbezahlung der Ueberstunden erreicht.
In einem 10 wöchentlichen, hartnäckigen Kampfe wurde
in Beeze die Einführung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit,
sowie eine 10 bis 15%ige Erhöhung der Akkordlöhne
erreicht. In Boch wurde auf friedlichem Wege
die Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit um
eine Stunde pro Tag und eine 15%ige Lohnerhöhung erreicht.
In der Pilsenerfabrik von Belling dagegen kam es zu
einem äußerst langwierigen Abwehrkampf, der bereits 22
Wochen und gegenwärtig noch weiter andauert. Bei der
Fabrik Jakob Schmitt in Euskirchen konnte trotz eines
10 wöchentlichen Kampfes nicht mehr als das, was bereits
von der Firma zugestanden war, erreicht werden,
so daß die Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit. Auf
der Maschinenfabrik in Venrath wurden nach acht tägigem
Kampfe die angekündigten Lohnreduktionen abgewehrt. Mit
Hilfe von Anwaltsregelungen erreichte eine Firma in Schleiden
ihre Ziele, eine weitere Ausbreitung unseres Ver-
bandes im benachbarten Bezirke zu verhindern. Dies ein kurzer
Überblick über die geführten Lohnbewegungen. Es ist
zu ersehen, welche Hartnäckigkeit hier vielfach die
Führer einer weiteren Verbesserung der Lohn- und Ar-
beitsverhältnisse entgegenzusetzen. Manches ist erreicht worden,
bleibt jedoch zu tun übrig, gibt es doch noch eine
Anzahl von Orten, wo noch eine elf- und mehrstündige
Arbeitszeit zu verzeichnen ist; hier muß vor allen Dingen in
der Regel angelegt werden.

Der schriftliche Verkehr mit den einzelnen Zahlstellen ist
in erheblicher Weise gestiegen. Eingegangen sind 66 Briefe,
Karten und 43 sonstige Sendungen = 363 Eingänge.
Ausgegangen sind 88 Briefe, 372 Karten und 390 sonstige
Sendungen, so daß insgesamt 1213 Sachen zu er-
reicht waren. Zum wiederholten Male muß betont werden,
daß immer noch verschiedene Zahlstellen gibt, welche sich

an eine pünktliche Beantwortung von zugesandten Schreiben
nicht gewöhnen können. Wünschenswert und leicht durch-
führbar wäre es, wenn alle Zahlstellen verpflichtet wären,
allmonatlich einen kurzgefaßten Bericht über das innere Leben
der Zahlstelle an das Sekretariat einzusenden. Alle Zahlstellen
sollten ihren Stolz darin setzen, ihre Verwaltungsbücher in
schöner Ordnung zu erhalten; hier hapert es noch an manchen
Stellen. Neu angelegt könnten in den einzelnen Zahlstellen
sogenannte Kontrollbücher oder Anwesenheitslisten für die
Mitgliederversammlungen werden, wie dieselben bereits mit
gutem Erfolge in verschiedenen größeren Zahlstellen ein-
geführt sind.

Referate wurden vom Sekretär gehalten in 65 öffent-
lichen und Mitgliederversammlungen, während die Zahl der
sonstigen besuchten Versammlungen, Werkstattversammlungen,
Konferenzen und Sitzungen 155 betrug. Bezirkskonferenzen
für eine beschränkte Anzahl von Zahlstellen wurden in der Be-
richtszeit nur zwei abgehalten, weitere wurden für den Monat
November vorbereitet. Notwendig wird es sein, in Zukunft
noch größeren Wert zu legen auf gut ausgebauter Arbeitnach-
weise, welche untereinander in Fühlung bleiben müssen, um
sich gegenseitig bei Bedarf zu ergänzen. Zum Schlusse sei
allen denen gedankt, welche dazu beigetragen haben, die
Interessen unseres Verbandes zu fördern, sei es in der
Agitation, sei es bei den Lohnbewegungen oder in der inneren
Verwaltungsarbeit; überall müssen wir Männer haben,
welche ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Sache stellen.
Pfl. Stedem.

Tätigkeitsbericht des Sekretariats Mannheim-Stuttgart.

(Vom 1. April 1906 bis 31. September 1906.)

Wer sich über irgend eine Sache ein klares, von Ein-
seitigkeiten freies Urteil bilden will, muß vorher alle Neben-
umstände und mitwirkenden Kräfte, seien sie nun fördernder
oder hindernder Natur, gewissenhaft mit in Erwägung ziehen.
Daselbe ist notwendig gegenüber einem Tätigkeitsbericht.
Gerade in dieser Berichtszeit ist es notwendig, an verschiedene
Umstände und Veränderungen zu denken. Nur an zwei dieser
Art mag an dieser Stelle erinnert werden. In erster Linie
sind es die Beschlüsse des Verbandstages, in zweiter ist es
die am 1. August d. J. erfolgte Teilung des Mannheimer
Bezirks und die Errichtung des Sekretariats Stuttgart, welche
der Tätigkeit in der diesmaligen Berichtszeit vor allem das
Gespräche gegeben haben. In den nachfolgenden Angaben
über die Mitgliederbewegung ist auch nur der neue Bezirk
berücksichtigt, während selbstverständlich für die übrigen Zahlen
(Korrespondenz, Versammlungen usw.) das ganze frühere
Gebiet in Betracht kommt.

Was von den Freunden der Beitragserhöhung stets be-
tont wurde, daß durch dieselbe kein Mitgliederrückgang zu
verzeichnen sein werde, trifft auf den Berichtsbezirk zu. Frei-
lich sind wir der Meinung, daß bei einer solchen Steigerung
der Beiträge, um beinahe 70%, eine ganz intensive Auf-
klärungsarbeit Platz greifen muß. Weil dieses geschehen und
dadurch der Sekretär und auch die mütigen Kollegen voll
in Anspruch genommen waren, ist die rein agitatorische Tätig-
keit etwas zurückgetreten. Das ist zu berücksichtigen, wenn
wir feststellen müssen, daß der Bezirk in seiner Mitglieder-
zahl gleich geblieben ist. Von Wichtigkeit ist jedoch anzufügen,
daß in zwei Unterbezirken eine bedeutende Steigerung der
Mitgliederzahlen stattgefunden hat, während in einem eine
Abnahme von 74 zu verzeichnen ist. Dies mag einerseits
auf die größere Entfernung vom Sekretariatssitz, andererseits
aber, und jedenfalls zum größeren Teile, darauf zurückzuführen
sein, daß von der Bezirksleitung herzlich wenig oder garnichts
geleistet wurde. Das zu verschweigen, würde uns nur noch
mehr schaden. Um jedoch irrigen Annahmen zum vornherein
vorzubeugen, sei erwähnt, daß es nicht an dem guten Willen
der betreffenden Leitung fehlt, an diesem zu zweifeln, liegt
kein Anlaß vor, sondern die Ueberhäufung mit anderen
Arbeiten die Schuld tragen dürfte. Es wird daher auch
demnächst eine Neueinteilung des Bezirks stattfinden, was um
so nötiger ist, als in diesem noch bedeutend mehr Mitglieder
zu gewinnen sind, als in irgend einem anderen.

Anschließend an diese Bemerkungen sei jedoch gleich be-
merkt, daß heute aus einer Reihe Zahlstellen für das neue
Quartal größere Neuaufnahmen gemeldet werden. Außerdem
ist zu bemerken, daß der sozialdemokratische Verband, laut
Ausgabe eines Zentralvorstandsmitgliedes, auf der ganzen
Linie im Süden unbefriedigend sich entwickelt hat. Wenn von
dieser Seite einmal so viel zugegeben wird, dann darf man
zur Gewinnung eines richtigen Einblickes die Angaben immer
noch um einige Lösser zurücksetzen. Zudem trifft für unsern
Bezirk der große Einfluß des sozialdemokratischen Holz-
arbeiterverbandes, von dem seine Agitatoren immer so große
Sprüche klopfen, gar nicht zu. Wenn man die zur Verfügung
stehenden Mittel und das Alter beider Verbände in Betracht
zieht, dann ist der agitatorische Erfolg der Roten für diese
äußerst niederdrückend und beschämend, während die von uns
erzielten Resultate in Anbetracht der kurzen Zeit, die wir in
diesem Gebiete eingesetzt haben, nur erfreulich genannt werden
können. Dafür kann der Beweis angetreten werden. Hat
doch der sozialdemokratische Holzarbeiterverband in dem weiten
und großen Bezirk, westliches Süd-Deutschland, nur ganze
8880 Mitglieder zusammengebracht nach jahrelanger Tätigkeit.
Von diesen entfallen aber rund 4800 auf 3 Großstädte,
so daß für das übrige Gebiet nur noch rund 4600 Mit-
glieder verbleiben. Ein kläglicher Erfolg, und Anlaß genug
für die „Genossen“, ihre Herrlichkeit nicht immer gar so laut
zu preisen.

Zahlstellengründungen fanden aus den oben
bezeichneten Gründen in der Berichtszeit nur 2 statt; eine
Zahlstelle ist eingegangen, während 2 weitere an benachbarte
Zahlstellen angeschlossen wurden, also nicht als verloren zu

betrachten sind. In dem neuen (Stuttgarter) Bezirk beträgt
daher die Zahl der Zahlstellen z. B. 36. Eine Gründung
wurde für den Verband der Schuh- und Lederarbeiter vor-
genommen.

Versammlungen und Vorträge sind in der Be-
richtszeit insgesamt 97 gehalten worden. Davon waren 89
öffentlich. Außerdem fand in 82 Fällen eine Teilnahme an
sonstigen Versammlungen, Sitzungen, Verhandlungen mit
Arbeitgebern usw. statt. Die Zahl der Konferenzen, an
denen teilgenommen wurde, beträgt 4, wovon 2 Bezirks-
konferenzen waren. Die Korrespondenz gestaltete sich
folgendermaßen:

Table with 3 columns: Briefe, Karten, Telegramme, Druckfachen, Pakete, Postanweisungen usw., and 3 columns: Eingänge, Ausgänge, and a total row.

Der Frage der Lokalbeiträge dürfte für das
kommende Halbjahr seitens der Zahlstellen größere Aufmerk-
samkeit zugewendet werden. Bisher hat das Sekretariat nach
dieser Seite keinen Druck ausgeübt, die Anregung vielmehr
den einzelnen Zahlstellen überlassen. Es ist aber immerhin
bedauerlich, daß jetzt der Bezirk an letzter Stelle steht, wo
er vor der Beitragserhöhung einer der ersten war. Man
vergesse nicht, daß im Frühjahr wieder lebhaft mit Lohn-
bewegungen eingesetzt werden muß, wenn die teilweise noch
sehr schlechten Verhältnisse gebessert werden sollen und daß
dann eine Menge Neueingetretener unterstützt werden muß,
für welche die Hauptkasse laut Statut keine Verpflichtung
hat. Schon oft ist gesagt worden, daß wir nicht weniger
sind, als unsere sozialdemokratischen Kollegen. Da ist aber
jedenfalls folgender Vergleich von Interesse.

Table comparing contributions of members in different regions (Baden-Baden, Bruchsal, Freiburg, etc.) with columns for 'Christl. Verb. des j. Verb.' and 'soz. Verb.'.

Diese Statistik zeigt, daß in manchen Orten die Opfer-
müdigkeit auf beiden Seiten gleich ist, in anderen und zwar
in der überwiegenden Zahl der Fälle, die Gegner weiter
gehen und nur in einigen Zahlstellen von unseren Kollegen
ein höherer Beitrag bezahlt wird als von den Gegnern.
Gerade die letzteren Zahlstellen liefern aber den besten Be-
weis dafür, was man durch Aufklärung und Schulung er-
reichen kann. Denn gerade in diesen Zahlstellen ist hierin
viel geleistet worden, was sich auch bei sonstigen Gelegen-
heiten zeigt.

Zur Erledigung von Rechtsstreitigkeiten aus
der sozialen Gesetzgebung wurde das Sekretariat in steigendem
Maße in Anspruch genommen. Da diese Tätigkeit mehr in
das Gebiet der Volksbureaus gehört, wurden größere Fälle
gewöhnlich auch einem solchen überwiesen, während eine
Anzahl direkt erledigt wurde.

Differenzen und Lohnbewegungen waren in
der Berichtszeit ziemlich häufig. Gute Erfolge wurden be-
sonders u. a. in Mannheim-Ludwigshafen durch Abschluß
eines Vertrages erzielt. Obwohl uns der rote Verband aus-
zuschalten versuchte, mußte er schließlich einsehen, daß seine
Demagogik-Litanei nur den Unternehmern Handlangerdienste
bereiten würde. Aus Furcht darüber, daß dann die eigenen
Mitglieder zur Einsicht kommen könnten, daß unsere Hand-
lungsweise ehrlicher sei, nahm man dann doch noch eine
Schwenkung vor. Daß es für die Arbeiterchaft übrigens
besser ist, wenn wir die Mehrheit haben, das beweist der
günstige Erfolg bei der Lohnbewegung in Billingen. Auch
da wo wir mit einer starken Minderheit in Betracht kamen,
wie in Würzburg, Schwab.-Gmünd u. s. w. war ein an-
sehnlicher Erfolg zu verzeichnen. In einer kleineren Bewegung
wurde durch eine öffentliche Volksversammlung ein durch-
schlagender Erfolg erzielt. Auf dem Schwarzwalde wurde
durch unseren Verband in einer Fabrik ein großer Vertrag
abgeschlossen, der erste der unseren Wissen in der Uferindus-
trie existiert. Können auch die Erfolge auf diesem Gebiete
nicht alle einzeln aufgezählt werden, so steht doch das eine
fest, daß unser Verband im Bezirke gerade im ver-
flossenen Halbjahr bedeutende Erfolge errungen hat. Bedauer-
lich ist nur, daß manche Zahlstellen vergessen, nachdem ihnen
der Verband Vorteile zugeführt hat, diesen durch agitatorische
Ausnutzung solcher Erfolge, für weitere, auch in anderen
Gebieten, neu zu stärken. In dieser Beziehung sollte noch
viel mehr getan und kein Opfer gescheut werden.

Unsere sozialdemokratischen Gegner greifen in ihres
Hülfslosigkeit nach und nach zu den sonderbarsten Mitteln, um
die verhassten Christlichen Kreis zu bekommen. Um bei An-
wendung nicht einwandfreier Mittel nicht entlarvt zu werden,
oder um Entlarvtes unter Ausschluß der Öffentlichkeit den
gebildeten Zahlstellenhäuflein besser mundgerecht zu machen,
besteht man nicht mehr den Mut, persönliche Bedrohungen
öffentlich zu verurteilen oder ein Wort zu sagen, wenn Zen-
tralvorstandsmitglieder der Lüge überführt werden. Man tut
so, als ob man vornehm schweige und die Nase rümpfe.
Man glaubt mit köstlicher Naivität, daß Geheimschreiben

auch unter allen Umständen geheim bleiben müssen. Sowie für heute.

Die Zahl der konfessionellen Vereine, die unsere Bewegung zu fördern suchen, ist erfreulicher Weise im Zunehmen begriffen. Wenn auch der Landesverband der evangelischen Arbeitervereine Württembergs z. B. einen direkt die christlichen Gewerkschaften empfehlenden Beschluss noch nicht gefasst hat, so haben doch einzelne Vereine ihr tatkräftiges Eintreten zugesagt.

Von katholischer Seite tritt besonders das Stuttgarter Arbeitersekretariat sehr nachhaltig für unsere Bewegung ein. Auch die habsbischen Sekretariate haben sich in dieser Richtung betätigt, obwohl es uns schmerzt, als ob ein solches Mehr nichts schaden würde. Der Jahresbericht des Stuttgarter kath. Arbeitersekretariats sagt u. A. zu dieser Frage:

„Für die christlichen Gewerkschaften ist der Sekretär Landau, Landau tätig gewesen und hat erfreuliche Erfolge erzielt. Durch die neu ins Leben gerufenen Gewerkschaftssekretariate in Schwaben und Stuttgart verspürte das kath. Arbeitersekretariat nicht die mindeste Entlastung.“

Die Verdienste des Sekretariats sind oben bereits gewürdigt. Es könnten aber durch die hier wiedergegebenen Ausführungen irrtümliche Meinungen entstehen. Wir können die Ausführungen nur so verstehen, daß deshalb keine Entlastung des Sekretariats stattgefunden hat, weil die Arbeit sich infolge der unter den Arbeitern lebhafter gewordenen Neigung sich zu organisieren, größer geworden ist und die neu errichteten Gewerkschaftssekretariate eben mit diesem Mehr von Arbeit vollauf zu tun hatten. Auf das Stuttgarter neuerrichtete Sekretariat treffen aber die erwähnten Ausführungen deshalb nicht zu, weil dasselbe erst am 1. August geschaffen wurde, einer Zeit also mit welcher der Tätigkeitsbericht des kath. Arbeitersekretariats bereits schließt, eine Erfahrung daher auch noch nicht vorliegen konnte.

Unter Berücksichtigung aller angeführten Umstände treten wir wiederholt und dringend an alle, die es angeht mit der eindringlichen Bitte heran, sie mögen, nachdem nun die Beitragserhöhung unter Mithilfe der Kollegen ohne Verlust durchgeführt ist, der Gewinnung neuer Mitglieder und Gründung neuer Zahlstellen alle Kräfte widmen.

Es gibt ja so viele, die gleich nach dem ersten Anlauf, wenn er vergeblich war, entmutigt keinen Versuch mehr unternehmen. Das ist verkehrt, doppelt verkehrt besonders in unserem Gebiet wo die Organisationsarbeit erheblich schwieriger ist, als in Industrieregionen. Es kommt doch gar nicht darauf an, daß eine oder andere Mal einen Mißerfolg zu haben; die Hauptsache ist, daß überhaupt gearbeitet wird. Freilich spielen auch Planmäßigkeit und Ergreifung günstiger Gelegenheiten eine Rolle. In letzterer Hinsicht haben sich einige Zahlstellen glänzend bewährt.

Darum sei die Wiederholung gestattet: Mit erneuter Kraft an die Arbeit, damit nach Verlauf des Winterhalbjahres ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen ist, denn: „Nur im Streben ist das Leben, im Erreichen ist der Tod.“

Franz Eder Köblach.

Tätigkeitsbericht des Sekretariats Bochum-Hannover.

(Vom 1. April bis 31. September 1906).

Schon im letzten Geschäftsbericht wurde auf die mit dem Frühjahr in erhöhtem Maße eintretenden Lohnbewegungen im Bezirk hingewiesen. Diese Annahme hat sich vollauf bestätigt. Durch die Inanspruchnahme bei den Lohnbewegungen konnte naturgemäß der eigentlichen Agitation im Bezirk nicht die erforderliche Zeit und Kraft gewidmet werden. Dieser Mangel wurde noch erhöht durch die agitatorische Tätigkeit, die nach dem Breslauer 6. Kongress auf 5 Wochen im Osten entfaltet werden mußte. Der Beschluß des Essener Verbandstages weitere Sekretariate zu errichten, war ebenfalls entscheidend für die Tätigkeit, indem der Sekretär mit dem 1. Sept. das neuerrichtete Sekretariat in Hannover übernahm.

Das trotz alledem Erfolge in der Agitation zu verzeichnen sind, ist nicht zum wenigsten den rührigen eifrigen Bezirksvorsitzenden sowie den Ortsverwaltungen mit zu verdanken. Neben der Gründung von zwei neuen Zahlstellen Coesfeld und Rheine, ist leider auch eine Zahlstelle eingezogen. Es fehlte hier an geeigneten führenden Kräften. Diese mehr heran zu bilden und zu schulen, wird in Zukunft eine unserer vornehmsten Aufgaben sein müssen.

Da genaue Zahlen über den Mitgliederstand am Schlusse des 3. Quartals von allen Zahlstellen noch nicht vorliegen, so sind nur die Zahlen vom 2. Quartal als Norm angenommen, danach waren im Bezirk 56 Zahlstellen mit einem Mehr gegenüber dem 1. Quartal von 130 Mitglieder vorhanden. Erfreulich ist weiter die Tatsache, daß die auf dem Verbandstage beschlossene Beitragserhöhung auch in den ländlichen Bezirken und Zahlstellen immer mehr gewirkt und als notwendig anerkannt wird. Demgemäß ist nach der Beitragserhöhung auch ein größerer Mitgliederzufluß eingetreten.

An Vorträgen sind gehalten: 29 in öffentlichen Versammlungen, 24 in Bezirks- und Mitgliederversammlungen. Außerdem war noch an 75 Lohnkommissions-Sitzungen, Verhandlungen und sonstigen Besprechungen teilgenommen.

Der Presse wurden, soweit dieses möglich war, Berichte und Artikel zugesandt. Während im alten Wirkungskreis, im Ruhrgebiet, die täglich erscheinende Presse unseren Besprechungen und Ideen zugänglich war, fehlt dieses im neuen hannoverschen Wirkungskreis fast vollständig. Gegenüber den täglichen Angriffen der sozialdemokratischen Parteipresse fehlt uns demnach eine wirksame Waffe.

Die reichhaltige Korrespondenz belief sich im Eingang auf 133 Postkarten, 106 Briefe, 23 Drucksachen, 14 Telegramme und 5 2. Ute, ausgegangen sind 167 Postkarten, 157 Briefe, 118 Drucksachen und 18 Telegramme.

Die größte Aufmerksamkeit war den Lohnbewegungen gewidmet. Ohne Ueberhebung kann behauptet werden, daß unser Verband seiner Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern, im Industriegebiet besonders nachgekommen ist. Die Bestrebungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die Arbeitszeiten für die in ihren Betrieben beschäftigten Tischler mit denen der Maurer, Zimmerer usw. auf einer Höhe zu halten, wurden durch unser energisches Eintreten durchbrochen. In Dortmund erreichten die Kollegen durch Tarifabschluß mit dem 1. April nächsten Jahres die 9 1/2 stündige Arbeitszeit nebst einer Lohnerhöhung von 8 Pfg. pro Stunde für die Dauer des Tarifes bis 1. Mai 1908. In Bochum war es möglich, schon für dieses Jahr, vom 1. September ab, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit zu erreichen, da der Einfluß des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hier weniger hervortrat. Ebenfalls wurde für die Dauer der Gültigkeit des hier abgeschlossenen Tarifvertrages bis zum 1. Oktober 1908 eine Lohnerhöhung von 8 Pfg. pro Stunde erzielt. Außerdem wurde ein Akkordtarif mit über 100 Positionen für Bautischler beraten und aufgestellt. Die Verhandlungen in Dortmund sowohl als auch in Bochum gestalteten sich sehr oft recht schwierig und drohten zu zerbrechen, was besonders auf das manchmal radikale Benehmen der sozialdemokratischen Lohnkommissionsmitglieder zurückzuführen war. Besonders war dieses in Bochum zu verzeichnen. Nur dem besonnenen und ruhigen, dabei aber doch bestimmten Auftreten unserer Lohnkommissionsmitglieder ist es zu verdanken, daß diese Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung mit vollem Erfolge für die Kollegen endeten.

Nicht so glatt ging die Lohnbewegung in Essen durch. Trotz dem vorzüglich geleiteten und dankenswerten Eingreifen des Essener Einigungsamtes unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Wietfeld war der Arbeitgeberbund und auch die in Frage kommende Tischler-Zinnung zu Essen nicht zur Arbeitsverkürzung zu bewegen. Die Arbeitgeber glaubten vielmehr die Sache hinzuschleppen zu sollen bis zum Ablauf des alten Tarifes. Als dann plötzlich mit Ablauf desselben die Kollegen mit Arbeitsniederlegung antworteten, besannen sich die beteiligten Arbeitgeber und nach achtstägigem Streik kam es auch hier durch Vermittlung des Einigungsamtes zum Tarifabschluß. Derselbe, auf der Basis des Bochumer und Dortmunder abgeschlossen, brachte ebenfalls den Kollegen die 9 1/2 stündige Arbeitszeit mit der oben angeführten Lohnerhöhung. In Elge wurde durch Tarifabschluß die 11 stündige Arbeitszeit befestigt und eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. pro Stunde erreicht. Weitere Lohnbewegungen wurden mit Erfolg für die Kollegen in Bielefeld, Herne, Oberhausen, Herford, Baderborn, Greven, Dülmen durchgeführt. Insgesamt wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in 9 Städten tariflich festgelegt.

Rum Schluß sei allen Kollegen, die während der zweijährigen Tätigkeit im Bochumer Bezirk eifrig dem Sekretär zur Seite standen, gedankt. Im neuen Wirkungskreis weiter unsere Ziele und Ideen zu verbreiten, trotz der bedeutend größeren Schwierigkeiten, wird die nächste Aufgabe sein.

S. Böhmcke.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 45.

Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. November 1906 fällig ist.

Die Zahlstelle Darmstadt erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Votalbeitrages von 10 Pfg.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Votalbeitrages von 5 Pfg. erhalten die Zahlstellen: Frankenthal, Heidelberg und Speyer.

Das Mitgliedsbuch 14357, auf den Namen Theodor Specht, geb. am 19. 1. 1882 lautend, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Verhandlungsbeginn ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Je nach dem fernabliegenden von Schreinerern nach Remscheid Ober-Schleien (Aug. Gabel), Oberhansen Rhb. (Schulden), Brunschwieg, Högk & M., Senfisch (Rana), — von Bürsten- und Pinselmachern nach Boch. Niederstein, — von Robert-Schreinerern nach Dortmund (Heiz), Paltowitz (Gerdes), — von Lützern nach Eils (Kraß & Weller), von Mauerarbeitern nach Stuttgart.

Ein neuer Erfolg auf dem Schwarzwalde. Vergangenen Samstag wurde in Lauterbach bei der Firma Haberstroh ein neuer Vertrag abgeschlossen, der einen bedeutenden Fortschritt in der Uhrmacherbewegung bedeutet. Bis vor kurzer Zeit waren alle Bemühungen, die Kollegen zum Anschluß an eine Organisation zu bewegen, vergebens gewesen. Kaum 15-20% waren organisiert. Erst nach und nach kam die Einsicht, daß es so nicht mehr weiter gehen könne. Was man vor einem Jahre noch für unmöglich gehalten hatte, es wurde zur Tatsache. Unser Zahlstelle wuchs von 25 Mitgliedern auf rund 75-80. Jetzt konnte auch an die Verbesserung der Verhältnisse gedacht werden. Der Arbeitgeber hatte zwar feindliche Zusagen auf unseren eingereichten Vertrag gemacht, nahm aber im letzten Augenblick die Zusage einer Lohnerhöhung wieder zurück. Auf die Vorstellung des Organisationsvertreter hin meinte er, daß er nichts zu befürchten habe, da höchstens 40 seiner Arbeiter im Größtenteile mitmachen würden. Die Antwort erfolgte am Abend in einer Fabrikversammlung dahin, daß rund 80 Arbeiter beschlossen, am

Samstag die Kündigung einzureichen. Da die weiteren 20 Arbeiter, teils weiblich, teils jugendlich oder sonst von fraglichen 80 abhängig sind, so wäre der ganze Betrieb gelegt worden. Das schien auch dem Arbeitgeber nicht besonders angenehm, und so war es möglich, den gewöhnlichen Arbeitsvertrag zur Durchführung zu bringen. Mögen das auch die übrigen Schwarzwaldbewerber die Lehre ziehen, Sinnlichkeit und Geschlossenheit zu erringen vermag, neue Erfolge ist jetzt bereits der dritte auf dem Schwarzwalde in diesem Jahre, nachdem bekanntlich in Billingen, Erberg bedeutende Verträge abgeschlossen wurden. Sei noch, daß unser Verband in Billingen mit der Metzger- und in Erberg allein in Betracht kam, während das Verhältnis in Lauterbach wie folgt gestaltete: Beteiligter Zentralverband christl. Holzarbeiter 41 Mitglieder, vom Dunterschen Gewerkschaftsverein 24, und vom Deutschen Arbeiterverband 8 Mitglieder. Wir werden den Vertrag der nächsten Nummer veröffentlichen.

Beendigung der Lohnbewegung in Kaiserslautern. Die Holzindustrie zählt in Kaiserslautern mit zu hauptsächlichsten Industriezweigen. Sind in derselben über 1000 Holzarbeiter beschäftigt, davon die meisten in Möbelindustrie. Diese ist besonders deswegen bekannt, sie billige Möbel auf den Markt wirft und in ihren Gebieten den andern Geschäften eine drückende Konkurrenz bereitet. Die Fabrikanten in Kaiserslautern sind hierzu so sehr in der Lage, als die Löhne ihrer Arbeiter an niedrig sind. Auch die sonstigen Arbeitsbedingungen sind als schlecht bezeichnet worden. Von einer Garantie-Lohnregelung, Regelung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit, ist nicht viel vorhanden. Trotz alledem hatten Kaiserslauterner Kollegen die Organisation als ein überaus wichtig betrachtet und demgemäß auch gehandelt; die Verhandlungen eben dem Verbandsrat bei. Sowohl der Deutsche als auch der S.-D. Verband, bestanden schon jahrelang, jedoch nennenswerte Erfolge zu erzielen. Im letzten Jahre trat jedoch ein Umchwung ein und die Zahl der Organisierten beträchtlich. Auch unsere Zahlstelle, die lange Zeit 2 Mitglieder zählte, ging wesentlich in die Höhe.

Im August wurde nun durch den sozialdem. Holzarbeiterverband und dem Gewerkschaftsverein der Tischler (S.-D.) gemeinsam eine Bewegung inszeniert, ohne jedoch unsern Verband davon zu verständigen. Damit stand schon von vornherein fest, daß es dem sozialdem. Holzarbeiterverband mit der Lohnbewegung nicht ernst war, was dadurch bewiesen wurde, daß der Tischler-Verband die Beteiligung des Deutschen Holzarbeiterverbandes verlangte. Von dem „Genossen“ wurde dieses aber abgelehnt. Den S.-D. Verband ließen ja nur deswegen mitmachen, weil sie von vornherein wußten, daß sie mit diesem machen können, was sie wollten. Ein großes Lam-Lam wurden die Forderungen eingereicht, den Indifferenten vorgerechnet, welchen Gewinn sie davon zu erwarten hätten, wenn die Forderungen erfüllt werden. Nebenbei kräftig über unsern Verband geschimpft, derselbe habe nie etwas erreicht usw., während sie, die „Deutschen“, durch Erfolg auf Erfolg errungen hätten. Nachdem der sozialdem. Verband ein gemeinsames Vorgehen unmöglich gemacht, reichten unsere Kollegen die Forderungen selbstständig dem Arbeitgeber bewilligten dieselben, während die sozialdem. weber auf unsere, noch auf die Forderungen der „Genossen“ eine Antwort gaben. Wer nun aber geglaubt hätte, daß „Freien“ ihren Worten auch Taten folgen ließen, sah sich sehr getäuscht. Anstatt den Arbeitgebern auf scharfmacherisches Verhalten die richtige Antwort zu geben, berief man eine öffentliche Versammlung ein, in der Ohnmächtigkeit des roten Verbandes unumwunden zugegeben wurde. Mit allen möglichen „wenn“ und „aber“ man die Mitglieder zu befähigen, die ein energisches Vorgehen verlangten. Durch diese Versammlung wurde den Unternehmern der denkbar beste Dienst erwiesen, den diese erfahren durch den Mund des Referenten Weidner, daß Deutsche Holzarbeiterverband an eine Durchführung der Forderungen gar nicht dachte. Die Unternehmer zeigten erst recht den „Prohigen“ und bewilligten überhaupt nicht mehr. In dieser Versammlung nahm auch Kollege Specht das Wort und legte den Standpunkt unsern Kollegen dar. Nachdem die meisten Arbeitgeber keine Antwort gaben, man denselben zeigen, daß die Holzarbeiter sich nicht zu bezandeln lassen, wie Geloten, dies umsonst, als die Forderungen ganz minimale seien und dieselben sehr erfüllt werden könnten. Wenn bei der Bewegung nicht erreicht würde, sei das Wasser auf die Mühlen der Unternehmer und der Indifferenten, die damit die Unfähigkeit der Gewerkschaften, in Kaiserslautern etwas zu erreichen, erkennen würden. Scharf verurteilten unsere Mitglieder auch das selbstige Vorgehen des roten Verbandes, der dadurch einen Teil in die Lohnbewegung hineingetrieben habe, zur großen Freude der Unternehmer. Die Versammlung stimmte den Ausführungen zu und unter dem Druck dieser Stimmung erklärte der Vorsitzende, daß man jetzt mit dem christl. Holzarbeiterverband gemeinsam vorgehen werde.

In der wenige Tage nachher stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung wurde unserm Verbandsrat vorgeworfen, derselbe zu radikal vorgehen wolle und die Arbeiter durch Ausführungen des Kollegen Esling aufgeführt worden. Darob bekamen unsere Kollegen beinahe den Eindruck, denn dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Verbandes sei vorher bezeichnet zu werden, was unsern Verbandes gliedern noch nie vorgekommen, dürfte bis jetzt auch nie dagewesen sein. Doch wurde dieser Vorwurf endlich zurückgewiesen, da die Holzarbeiter in Kaiserslautern durch unsern Verband, sondern durch die schlechten Ausführungen gemacht wurden. Unsere Kollegen erklärten, sie nur auf die Durchführung der Forderungen bestanden, daß das Fehlen überlassen sie gerne den sozialdemokratischen Unternehmern, die dies bis jetzt auch besorgt, aber im entscheidenden Augenblicke sich als Unternehmerjünger erwiesen haben. Dieser Sitzung folgte bald eine andere, in der neben

Gauleitern des Deutschen Holzarbeiterverbandes auch die Erlangung anwesend war. Die Vertrauensmänner werden nun, daß in den Geschäften, in denen beinahe alle organisiert waren, die Kündigung eingereicht werden, was aber durch den Gauleiter des sozialdem. Verbandes eben abgelehnt wurde. „Wo gekündigt wird, bestimmen erklärte der Gauleiter Buchendahl kurz und bündig. Namen unseres Verbandes erklärte Kollege Erling, daß in gut organisierten Werkstätten unbedingt vorgegangen werden müsse, wenn auch nicht alles erreicht würde, aber unbedingte Zugeständnisse müssen die Unternehmer machen, dann würden sich die Kollegen auch zufrieden geben. Position sei umso günstiger, als die Arbeitgeber nicht hoffen seien, und es dieselben auf eine Wachtprobe bei geringen Forderungen nicht ankommen lassen würden.

In zwei Werkstätten wurde dann die Kündigung eingereicht, aber bald wieder zurückgezogen, wodurch nur ganz geringe Zugeständnisse gemacht wurden. Daß war der letzte Schritt durch den sozialdem. Holzarbeiterverband eingeleitet, in aber so unruhig verlaufenen Lohnbewegung. Seit dieser Zeit hörte man nichts mehr. Nur eine Vertrauensmännerkonferenz fand noch statt, in der den „Unzufriedenen“ der Gauleiter Buchendahl ordentlich der Kopf gewaschen wurde. Die ganze Bewegung wurde sang- und klanglos abgebrochen. Bei allen Lohnbewegungen war es bis jetzt üblich, nach Beendigung derselben eine Versammlung einberufen, in der über das Resultat derselben abgestimmt, erfolgte im Verbandsorgan ein Bericht über dieselbe; all dem sah und hörte man in Kaiserslautern nichts. Unzufriedenheit der Mitglieder machte sich insbesondere in den Werkstätten Luft, und in wenig schmeichelhafter Weise ließ sie sich über die „Macher des Ganzen“ aus. Was von vornherein sahen, ist eingetroffen, denn der ganze Lohn war nichts anderes, als ein Mitgliederfang; die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse war nur eine Fiktion.

Vorige Woche hielt der deutsche Holzarbeiterverband nun eine öffentliche Versammlung ab, in der ein „Berliner“ die in der Hauptsache beschäftigte sich dieser mit dem sozialdem. Holzarbeiterverband und zwar in solch auffälliger Weise, daß der Zweck nicht unklar zu erforschen war. Er versuchte die Aufmerksamkeit der Mitglieder von den eigenen Lager abzuwenden, indem man nach demselben Manier über unsern Verband herfiel. Daß es „Berliner“ dabei auf einige Unwahrheiten mehr oder weniger ankam, wollen wir nur nebenbei bemerken. Was aber so oft der Fall war, konnte man auch hier wieder sehen. Wenn den „Genossen“ eine Schimpfrede über die „Berliner“ gehalten wird, dann ist ihnen dies lieber, wie eine Lohnaufbesserung. Kollege Erling gestellte dann das Lob des sozialdem. Holzarbeiterverbandes in gebührender Weise. Der Vorwurf, daß der christliche Holzarbeiterverband Unternehmernorganisation sei, sei am besten durch die Bewegung in Kaiserslautern widerlegt. Während der Holzarbeiterverband auf der Durchführung der eigenen Bestand, sei der deutsche Holzarbeiterverband wie eine „Kassensack“ zusammengeknüpft zum Schaden der Arbeiter zum Vorteil für die Unternehmer. Mit welchen Waffen in dieser Versammlung kämpfte, ging daraus hervor, man sogar den christlichen Holzarbeiterverband für den Lohn verantwortlich machte.

In unsern Kollegen liegt es nun, daß arbeiterverräterische Kräfte des sozialdem. Holzarbeiterverbandes bei der Lohnbewegung in Kaiserslautern gebührend an den Pranger zu stellen. In den Versammlungen prahlen die „Genossen“ mit Millionen und wenn es zum Klappen kommt, dann ist Geld in der Kasse. Daß kein Geld da war, wußten sie doch schon vorher und wenn sie ehrlich sein wollten, sie ihren Mitgliedern sagen müssen, momentan können sie die Lohnbewegung durchführen, wartet bis zum Frühjahr unsere Organisation gestärkt ist. Das wäre wenigstens und ehrlich gewesen und kein vernünftiger Gewerkschaftler hätte gegen etwas einwenden können. Den Kollegen aber eine Lohnaufbesserung den Mund wässrig zu machen, man von vornherein weiß, daß nichts daraus wird, als ein schwindelhaftes Gebahren bezeichnet werden. In Kollegen in Kaiserslautern liegt es nun, für die Klärung der Wahrheit Sorge zu tragen, die Zahlstelle zu damit in Zukunft mit den Kaiserslauterner Kollegen mehr Schindluder getrieben werden kann.

Aus den Verbandsbezirken.

6. Bezirk.

Am 20. Oktober fand in Mannheim eine Konferenz des Bezirks statt. Beteiligt waren 7 Zahlstellen. Weiteren wurden nicht zugezogen um einmal die großen Kosten zu sparen und dann aber auch um ebenfalls eine Konferenz abzuhalten, die es möglich machte, die Vertrauensmänner besser beizugehen zu können. Aus den Berichten der Delegierten ging hervor, daß unser Verband über den Fuß gefaßt hat. Wie daraus zu ersehen ist, es ist dem Willen der Sache und energischer Arbeit möglich, Organisationsgedanken auch in kleineren Städten und in zum Durchbruch zu bringen. Die notwendig die Kollegen der einzelnen Zahlstellen die haben, geht daraus hervor, daß eine 10—11. Arbeitszeit noch vorherrschend ist. Die Beseitigung dieser Zustände dürfte in der Hauptsache unserem Verbande Bestätigt wird und dieses dadurch, daß selbst in Mannheim, wo doch die „Genossen“ eine Zahlstelle von 100 Mann besitzen, die Kollegen in einer Schulbank sitzen und das Vergnügen haben, ihr halbes Leben, nämlich Stunden im Tag in der Werkstätte zuzubringen. Mit solchen Arbeitszeit muß endlich einmal aufgeräumt werden von den Delegierten besonders hervorgehoben, die Arbeit sehr oft dem Vorstände allein oder gar nur

einzelnen Kollegen zufalle und die Kollegen vielfach glauben, wenn sie die Beiträge bezahlen und durch das Drängen des einen oder anderen Kollegen einmal wieder die Versammlung besuchen, ihrer Pflicht genügt zu haben. Daß diese Auffassung eine irrige und falsche ist, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Ja, manche Zahlstelle, die schließlich nicht den gewünschten Fortschritt zu verzeichnen hat, kann dies auf das Konto der Gleichgültigkeit der Kollegen schreiben.

Es wurde sodann auch der zur Zeit tobende Kampf zwischen den christlichen und rot organisierten Gipsern in Mannheim angezogen. Mit was für gemeinen Mitteln die „Genossen“ arbeiten, um christlich organisierte Kollegen brotlos zu machen, geht aus diesem Kampfe zur Genüge hervor. Gerade dieser Kampf sollte jedem Kollegen die Augen öffnen und zum Nachdenken veranlassen. Vor allem dürfen es die Kollegen in der Kamm- und Korbbranche im 6. Bezirk endlich einmal einsehen, wie notwendig es ist, sich zu organisieren, um einmal bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen und andererseits die Anerkennung, wo sie uns verlagert wird, zu erkämpfen.

Den Hauptpunkt der Konferenz bildeten zwei Referate über die Aufgaben der Ortsverwaltungen und die Agitation. Erwähnt wurde, daß es eine ernste Pflicht der einzelnen Ortsverwaltungen sei für eine Stärkung des Verbandes nach innen wie nach außen zu sorgen. Deshalb müsse mehr Wert auf praktische Kleinarbeit gelegt werden. Auch sollte man auf die Schaffung von Bibliotheken mehr Gewicht legen, um unsere Kollegen besser zu schulen, damit sie fähig sind, tatkräftig in der Agitation eingreifen zu können. Ganz besonders wurde den Delegierten die Hausagitation empfohlen und so schwierig sie manchmal durchzuführen ist, so ist sie eben doch nie ganz ohne Erfolg.

Ebenso notwendig ist die Branchenangitation, wenn Kollegen von verschiedenen Berufen an Orte sind. Die Erfahrung lehrt uns, daß schon sehr schöne Erfolge erzielt worden sind, z. B. bei den Tapezierern, Wagnern usw. Wo sich 10—12 Kollegen von einem Verufe zusammensinden, muß eine eigene Sektion innerhalb der Zahlstelle errichtet werden. Wenn so in allen Zahlstellen praktische Hand in Hand gearbeitet wird, so kann die Zeit nicht mehr ferne sein, wo sich die Mitgliederzahlen der einzelnen Zahlstellen verdoppelt und verdreifacht haben. An den Delegierten liegt es, die Gedanken und Anregungen hinauszutragen und überall zu verwerten. Darum darf es kein Wenn und Aber mehr geben, sondern „Unentwegt vorwärts“ sei die Parole. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 28. Oktober stattgefundene Konferenz entnimmt aus den Berichten der Delegierten, daß im 6. Verbandsbezirk noch eine große Anzahl indifferenter Holzarbeiter vorhanden ist, welche für unsere Sache gewonnen werden muß. Demgemäß richtet die Bezirkskonferenz an die Ortsverwaltungen, Vertrauensmänner und Verbandsmitglieder die dringende Aufforderung, sofort mit einer planmäßigen zielbewussten Agitation und Kleinarbeit einzusetzen, damit sich die Ortsgruppen soweit entwickeln, daß die Organisation einen wirksamen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausüben kann.

Ferner macht es die Konferenz den Zahlstellen zur Aufgabe unverzüglich zur Einführung eines Lokalbeitrages zu streiten. Es ist dieses um so wichtiger (zumal dieser Punkt im 6. Bezirk noch viel zu wünschen übrig läßt), weil die immer größer werdenden Kämpfe bedeutend mehr Opfer kosten und die Kollegen auch größere Anforderungen an den Verband stellen.

14. Bezirk.

Am 28. Oktober wurde in Wesel für den 14. Bezirk eine Konferenz abgehalten. Dieselbe hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen; alle Zahlstellen waren vertreten, einige durch 2 bis 3 Kollegen. Außerdem war noch eine Anzahl sonstiger Kollegen, welche sich besonders für unsere Sache interessieren, neben dem Bezirkssekretär Kollegen Stedem und dem früheren Bezirksvorsitzenden Kollegen Weyers anwesend.

Aus den Berichten der Delegierten ging hervor, daß seit der letzten Konferenz ein kleiner Mitgliederzuwachs zu verzeichnen ist. Im letzten Quartal haben einige Zahlstellen zwar einen Mitgliederzuwachs aufzuweisen, aber auch eine Reihe einen Mitgliederverlust erlitten. Einen Lokalbeitrag erhebt im Bezirk nur die Zahlstelle Cleve. Große Schwierigkeiten sind überall noch zu überwinden; auf der linken Rheinseite machen besonders die Unternehmer verzweifelte Anstrengungen, um die Organisation wieder auszurotten. Auch gibt es im Bezirk noch einzelne Arbeiter- und Gesellenvereine, welche so zwischen durch gegen die Gewerkschaften arbeiten; andererseits gibt es auch Vereinskleitungen, wie z. B. im Arbeiterverein Cleve, welche den Gewerkschaften durchaus freundlich gesinnt sind. Was die Tagespresse angeht, so steht dieselbe unserer Bewegung mit wenigen Ausnahmen ebenfalls abwartend gegenüber. Das größte Hindernis ist aber, wie überall, die Interesslosigkeit so vieler Kollegen. So gibt es Zahlstellen im 14. Bezirk, wo niemand die geschäftliche Arbeit übernehmen will; wie es da mit der Agitation aussieht, kann man sich denken. In anderen Orten sind es in der Regel nur wenige Kollegen, welche geneigt sind, praktisch mitzuarbeiten. Das ist im Bezirk ein großer Fehler, und wenn wir vorwärts kommen wollen, muß die Zahl der eifrig mitarbeitenden Kollegen unbedingt wachsen. Wenn sich erst mehr Kollegen gefunden haben, welche an der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsidee mitarbeiten, dann werden die übrigen Hindernisse von selbst verschwinden. Die Arbeitsnachweisfrage ist ebenfalls zu regeln. Die Mitglieder sollen von Zeit zu Zeit darauf hingewiesen werden, frei werdende Stellen sofort zu melden. Eine planmäßige Betreibung der Hausagitation soll ebenfalls vorgenommen werden. Der Branchenangitation ist mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es kommen im Bezirk außer den Schreibern noch besonders Maschinenarbeiter, Bildhauer, Würtelmacher, Korbmacher, Reisennmacher, Küfer, Kistenmacher und auch noch eine Anzahl von Stellmachern in Betracht. Es wurde ferner noch darauf aufmerksam gemacht, daß bei Lohnbewegungen die Ortsverwaltungen sich genau nach dem Statut und den vom Zentralvorstand herausgegebenen Anweisungen zu richten haben. Für

eine genaue und pünktliche Regelung der Verwaltungs- und Kassengeschäfte müssen die Zahlstellenvorstände sorgen. Die Vertrauensleute müssen angehalten werden, möglichst oft mit dem Kassierer abzurechnen. — Nach dem anregenden Meinungsaustausch wurden folgende Anträge einstimmig angenommen:

1. Die Zahlstellen verpflichten sich, jeden Monat dem Bezirksbeamten einen möglichst genauen Situationsbericht zu erstatten.
2. Überall in den Versammlungen Anwesenheitslisten anzulegen.
3. Bei späteren Konferenzen ebenso wie jetzt die Verwaltungsbücher vorzulegen.

Der Gedankenaustausch, welcher ein recht anregender war, zeigte den ernstlichen Willen zum Vorwärtstreben. Es ist deshalb wohl zu erwarten, daß die gegebenen Anregungen nun auch in die Tat umgesetzt werden. Bei ausdauernder und umsichtiger Agitationsarbeit muß es möglich sein, im Bezirk noch eine recht große Anzahl von Kollegen für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Dann wird es auch möglich sein, die vielen noch vorhandenen Mißstände aus dem Wege zu räumen und bessere Verhältnisse herbeizuführen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bruchsal. Einigkeit macht stark. Die Wahrheit dieses Sprichworts hat mal wieder unsere diesjährige Ortskrankenkassenwahl so recht bewiesen. Auf der einen Seite die „freien“, oder wie sie sich nannten die vereinigten Gewerkschaften, auf der anderen Seite die christliche Arbeiterschaft. Monatlang ist energisch gearbeitet worden. Galt es aber auch den „Genossen“ zu beweisen, daß sie nicht allein berufen seien, die Arbeitervertreter zu spielen. Es galt ihnen zu beweisen, daß auch die christliche Arbeiterschaft existiert und daß auch diese in der Lage ist, Vertreter zu stellen, welche befähigt sind, die Interessen der Arbeiter wahr zu nehmen. Und alles dieses ist bewiesen worden am Wahltag. Mit 186 Stimmen Mehrheit siegten die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter über diejenigen der von den „freien“ aufgestellten. Dies ist ein Schlag, den die hiesigen „Genossen“ nicht so rasch werden vergessen. Noch in einer am Freitag Abend stattgefundenen öffentlichen Versammlung haben sie ein Aufsehen erregt, welches geradezu skandalös war. Mit einem Stolz und Hochmut sind sie über uns hergefahren, wie seinegleichen nicht oft zu finden ist. Aber dies haben sich die christlichen Arbeiter gemerkt und ihnen gezeigt, daß sie bis jetzt noch nicht regieren. Mit welcher Siegesgewißheit sind die „Genossen“ in den Kampf gezogen und mit ihnen die getreuen Fröboline, die Tisch- und Dunst-Gewerksvereine. Letztere haben sich auch hier wieder gezeigt, ganz außer Acht lassend, daß ihnen bei nächster Gelegenheit die nötigen Geisteskräfte wieder versetzt werden. Auch sie können jetzt Betrachtungen anstellen über die Niederlage, welche sie vereint mit den „Genossen“ erlitten, haben.

Darmstadt. Eines guten Besuches hätte sich unsere letzte Mitgliederversammlung am 30. Oktober zu erfreuen. Kollege Lauser referierte über das Thema „Tarifverträge und ihre Bedeutung im Wirtschaftsleben“. Der Referent warf eingangs seines Vortrages einen kurzen Ueberblick über die Arbeiterbewegung. Er betonte, daß es sich bei den wirtschaftlichen Kämpfen nicht immer nur um eine Lohnerhöhung handelte, sondern auch um die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft durch den Abschluß von Tarifverträgen. Das Streben nach dem Abschluß von Tarifverträgen ist nicht nur ein Ziel der Organisation der Arbeiter, sondern in letzter Zeit werden auch aus den Reihen der Unternehmer Stimmen laut, welche den Abschluß von Tarifverträgen empfehlen. Mit dem Abschluß von Tarifverträgen ist für die Arbeiter sowohl, als auch für die Organisation derselben ein neuer Zeitabschnitt der Arbeiterbewegung gekommen. Aus den weiteren Ausführungen war zu ersehen, welche Vorteile die Verträge für Arbeiter und Industrie haben. Ganz besonders hob Redner hervor, daß die Tarifverträge den Arbeitern aufs neue beweisen, daß im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung eine Lösung der sozialen Fragen viel leichter und sicherer zu erreichen ist, als auf dem Wege des Umsturzes. Die anschließende Diskussion war eine sehr lebhaft. Der Hauptgrund des guten Besuchs lag darin, daß die Erhebung eines Lokalbeitrages auf der Tagesordnung stand. Schon vor drei Monaten war der Antrag auf Erhebung eines Lokalbeitrages gestellt, aber leider durch die Kurzsichtigkeit der Kollegen abgelehnt, weil man glaubte, auch ohne Lokalbeitrag allen Wünschen gerecht werden zu können. Mit der Zeit haben es die Kollegen doch eingesehen, daß man ohne Lokalbeitrag nicht existieren kann und beschloßen sie daher die Einführung eines Lokalbeitrages von 10 Pf. Mögen die Kollegen auch in Zukunft Idealismus und Opferfreudigkeit zeigen, damit wir auch weiterhin eine gesunde Entwicklung des Verbandes aufweisen können.

Hannover. Der Terrorismus ist hier bei den „freien“ Gewerkschaften nachgerade zur Mode geworden. Auch die Art und Weise, wie man gegen anders organisierte Arbeiter vorgeht, läßt erkennen, daß man hier in den sozialdemokratischen Gewerkschaften bestrebt ist, sich in dieser Beziehung von anderen Städten nicht übertreffen zu lassen. Vor allem sind es zwei Fälle, welche verdienen, in der Öffentlichkeit bekannt zu werden. In einer hiesigen Pianofabrik arbeitete schon seit Jahren ein alter, ergrauter Kollege, Mitglied des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter. Die übrigen Arbeiter gehören fast ausnahmslos dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande an. Das Verhältnis unter den Kollegen war schon immer ein gespanntes, aber zu Tauschfällen war es bisher noch nicht gekommen, bis vor kurzem die „Genossen“ einliefen, daß auf friedlichem Wege sie nichts erreichen würden. Es mußten schärfere Mittel angewandt werden, um den alten 65-jährigen Arbeiter zum Uebertritt in den sozialdemokratischen Verband zu zwingen. Mißhandlungen und Schikanereien nahmen ihren Anfang. Mit Füßen wurde getreten und gefoltert. Einmal wurde er von den „Genossen“ beerdigt an den Kopf geschlagen, daß ihm fast hören und sehen verging. Nicht genug damit: die Brutalität dieser Anwesenheiten ging sogar soweit, daß man den betreffenden Arbeiter bei der Kette faßte und ihn rücklings zu Boden warf, so daß er noch wochenlang über große Schmerzen im Kopf und Rücken klagte. Man nun nicht in seinen alten Tagen sein Brot zu verlieren, blieb dem Arbeiter nichts anderes übrig, als in den sozialdemokratischen Verband überzutreten. Wahrscheinlich ein solches Agitationsmittel, um das wir den sozialdemokratischen Holzarbeiterverband nicht beneiden. Ein trauriges Bild von dem geistigen Bildungsgrad der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter, in dem nicht ein einziger

Der dort beschaffte Anspruch erhob gegen die unmenschliche Abhandlung des ergrauten Arbeiters. — Bei dem Malermeister Hagenov hatte ein Mitglied des Zentralverbandes christlicher Maler und Anstreicher Arbeit genommen. Von Seiten der dort beschafften Genossen wurde alles versucht, diesen zum Uebertreten in den sozialdemokratischen Verband zu gewinnen. Vergebens. Der Kollege blieb standhaft. Dieses sollte er büßen. Man vergriff sich in dem blinden Hasse sogar an einem neuen Hute des selben, beschmierte denselben inwendig mit Klebrschmalz und schwarzer Farbe, so daß der Hut total verdorben war. Die Mißhandlungen und Schikanereien gingen schließlich soweit, daß der Kollege aufhören mußte um sich anderweitig nach Arbeit umzusehen, welche er dann bei dem Malermeister Dierksen fand. Es waren hier außer dem christlich-organisierten noch 16 „Genossen“ im Bau beschäftigt. Raum war der Kollege einen halben Tag im Gefängnis, als die „Genossen“ anfangen, denselben zu beschimpfen: „Christus“, „verdammter Jesus“, „Streikbrecher“ usw. „Hast du es dir nun überlegt, willst du übertreten oder nicht?“ In den Versammlungen hat man gesagt, daß man gar nicht mehr mit den Christlichen zusammen arbeiten sollte. Der Kollege lehnte es jedoch ab in den sozialdemokratischen Verband überzutreten. Als er nach Arbeitsluß sich umziehen wollte, waren Aermel und Hose zugebunden. In einen Schuh hatte man Gips und etwas Wasser getan, in den anderen dagegen Wagenschmiere und grüne Seife. Als der Kollege am andern Morgen wieder zur Arbeitsstätte kam, wurde er mit Hohngelächter empfangen. Die Schimpfereien und Schikanereien nahmen ihren Fortgang. Die Taschen hatte man ihm aus dem Arbeitszeug geschnitten. Ein Genosse drohte sogar ihm mit der Zelle umzuwerfen, wenn er nicht übertreten wolle. Schließlich kam es dann soweit, daß man den Kollegen die Treppe hinunterstürzte und es wurde nur ein größeres Unglück dadurch verhütet, daß sich der Kollege noch rechtzeitig festhielt. Es blieb ihm zuletzt nichts anderes übrig, als ebenfalls die Arbeit wieder zu verlassen. Das sind einzelne von den vielen Fällen, die hier im Laufe des letzten Jahres vorgekommen sind. Es sind die Folgen der sozialdemokratischen Erziehung, insbesondere der Verbeugung des hannoverschen „Volkswille“. Die Arbeiterschaft möge sich bezwegen auch bei ihm bedanken. Der größte Schandfleck innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ist der Terrorismus gegenüber anders denkenden Arbeitern. Es wäre endlich einmal an der Zeit, daß man an leitenden Stellen der sozialdemokratischen Gewerkschaften diesen unmenschlichen Brutalktäten den Krieg erklärt. Warum geschieht dieses nicht? Glaubt man etwa dadurch den Fortschritt der christlichen Gewerkschaftsbewegung einhalten zu können? Niemals! Im Gegenteil. Jeder Terrorismusfall ist ein neuer Beweis für die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften und der Unfähigkeit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung den Arbeiterstand geistig und sittlich zu heben. Gleichzeitig soll aber dieses eine ernste Mahnung sein noch viel mehr für den Ausbau der christlichen Gewerkschaften zu arbeiten, besonders an Orten, wo die „Genossen“ glauben, das Selt in der Hand zu haben; denn nur eine festgefügte Organisation ist das beste Mittel, um dem sozialdemokratischen Terrorismus entgegen zu wirken.

Mülheim (Ruhr). Das Gewerkschaftsamt veranstaltet im Laufe des Winters einen Unterrichtskursus unter Leitung des Arbeitersekretärs Altvater. Die erste Stunde findet bereits am Dienstag den 13. Novbr. Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus mit dem Thema „Volkswirtschaft“ statt. Auch die Rgl. Gewerbe-Inspektion hat sich bereit finden lassen, einige Vorträge über Titel VII der Gewerbe-Ordnung zu halten. Von den Mitgliedern unseres Verbandes darf wohl eine zahlreiche Beteiligung erwartet werden.

Bieren. Ueber unser Koalitionsrecht in Theorie und Praxis hielt Kollege Rihmann-Düffel vor in der letzten Mitgliederversammlung einen ausführlichen Vortrag. Am Schlusse erwähnte Redner die neuesten Fälle von Terrorismus von Seiten unserer Gegner, und forderte die Kollegen auf, stets auf dem Posten zu sein und in der Agitation nicht zu erlahmen. Leider sind uns einige Kollegen wegen der Beitragsrückzahlung untreu geworden. Ob sie der Meinung sind ohne Verband ihre Lage zu verbessern? Hoffentlich kommen sie bald wieder zu der Ueberzeugung, daß dieses nicht der Fall ist. — Für die Kollegen, die sich im Treppenhau ausbilden wollen, wird jeden Dienstag Abend 8 1/2 Uhr Unterricht erteilt; 12 Kollegen nehmen bereits daran teil. Weitere Anmeldungen hierzu nimmt der Vorsitzende noch entgegen.

Heidelberg. Erfreulichweise ist es endlich auch in Heidelberg gelungen, eine Zahlstelle des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter ins Leben zu rufen. Es wurde von den Kollegen sofort die Einführung eines Sozialbeitrages in Höhe von 5 Pf. pro Woche beschlossen. Denkich gelangt es den schon vorhandenen Mitgliedern, in ihrem großen Arbeitsfelde für die Ausbreitung unseres Verbandes etwas Nützliches zu leisten.

Bad Tölz. Trotzdem die Mitgliederzahl unserer Ortsgruppe nicht die wünschenswerte ist, können wir doch von einem regen Leben innerhalb der Zahlstelle berichten. Ursache hierfür mag nicht in letzter Linie das Besahren der Herren Sozial sein, die sich alle Mühe geben, uns unterzubekommen. Sie versuchten sogar, uns das Versammlungstotal abzutreiben. Jedoch sind sie hierbei glänzend missergriffen. Ihr Kerger ist der, daß es ihnen selbst nicht gelingt ein Sozial zu erhalten. Sie glauben daher, wenn sie den Christlichen alles erdenklich Schlechte nachsagen, eher etwas zu bekommen. Soviel steht jedoch fest, daß es diese Truppen in ihren Verleumdungen meisterschaft verstehen, von sich auf andere zu schließen.

Sittingen. Ueber Wesen und Ziele der christl. Gewerkschaftsbewegung referierte in einer hier selbst am 18. Okt. stattgefundenen öffentlichen Versammlung Kollege Hillebrand vom christl. Bauhandwerkerverband aus Hannover. Wie er ausführte, erstreckt sich auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung die christliche Arbeiterbewegung die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit anderen Ständen. Gehört auf die Kaiserlichen Erlasse der Jahre 1881 und 1890 stellt die christliche Arbeiterbewegung an die Forderung die Anforderung der Einführung von Arbeiterausschüssen in Großbetrieben, des Normalarbeitstages, Verbot der Heimarbeit in gesundheitsgefährlichen Berufen, Einschränkung resp. Verbot der Frauenarbeit in Fabriken, Unterstellung der Hausgewerbetreibenden unter die Gewerbeinspektion, Neuregelung des Vereinsgesetzes, Arbeiterversicherung für Hausgewerbetreibende, Berechtigung der Arbeiterversicherungsgerichte und Ausdehnung der Versicherung auf Witwen und Waisen. — Redner bemerkte, daß es trotz der besten Bekämpfung von sozialdemokratischer Seite mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung gut vorwärts gehe. Am 1. April d. J. waren 233 283 Mann christlich organisiert; heute stehen wir auf über 300 000. Die Einnahmen, die 1904 894 417 Mk. betragen, sind für das laufende Jahr auf 3 Millionen zu schätzen, während die Mitgliederzahl sich in diesen 2 Jahren verdoppelt hat. Es ist also die Opferlosigkeit und Leistung derselben noch mehr gestiegen als ihre Zahl. Aber von 8 Millionen Arbeiter sind in allen Organisationen zusammen erst 2 Millionen organisiert. Das muß anders werden. Wenn wir einen leistungsfähigen

und geachteten Arbeiterstand schaffen, so wird auch das Wort wahr werden: Hat der Arbeiter Geld, so hat's die ganze Welt. **Mülhausen i. O.** Mit einer Blamage für den roten Textilarbeiterverband und einer Niederlage für die Arbeiter hat die Bewegung in den hiesigen Kammgarnspinnereien, dank der unflüchtigen, allen gemerkschaftlichen Grundfragen hoch sprechenden Taktik der sozialdemokratischen Führer geendet. Die anfänglich in einem Betriebe unter Kontraktbruch in den Streik eingetretenen Arbeiter wurden, trotzdem ihr Zentralvorstand keine Genehmigung zum Streik erteilt hatte, in ihrem Vorgehen noch durch soziald. Verbandsvertreter bestärkt. Der Fabrikantenverein nahm sich der bestreikten Firma an. Und nun zeigte sich erst recht die Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit der soziald. Verbandsvertreter im größten Maße. Statt den statutenwidrig begonnenen nach eigener Ueberzeugung der letzteren von vornherein ausichtslosen Kampf abzubrechen, sah man ruhig zu, wie die Arbeiter, die begreiflicherweise Streikarbeit nicht verrichten wollten, in einem Betriebe nach dem andern in den Ausstand traten, so daß wegen einer Lohnforderung von insgesamt 2,10 Mk. pro Tag halb etwa 1500 Arbeiter auf dem Pflaster saßen und tausende Mark an Arbeitslohn einbüßten. Trotzdem weder der Streik, noch viel weniger die Unterföhrung seitens der Zentrale genehmigt war, wurde selbst dem Unorganisierten Unterstützung zugesagt falls sie sich aufnehmen ließen. Hierdurch wurde der Streik offiziell sanktioniert und die Arbeiterschaft in den Glauben versetzt, als sei der soziald. Verband gewillt, den auf ihren Geldsack pochenden Kapitalprozen mal ernstlich die Zähne zu zeigen.

Wohl begann es den „Führern“ angeichts der Dimensionen, welche die Bewegung angenommen hatte, Angst und Bange zu werden. Doch sie hatten nicht den Mut, der Arbeiterschaft reinen Wein einzuschenken. Wie groß die Konfusion war beweist der Umstand, daß man bei deren Firmen Schwarz und Laedrich, trotz dem Beschluß, die horigen Arbeiter nicht herauszunehmen, Einladungen mit der Tagesordnung verteilte: „Wie stellen sich die Arbeiter der Firma Laedrich resp. der Firma Schwarz zu dem gegenwärtigen Kampfe in den Wollspinnereien zu einer Lohnserhöhung von 10% und Einführung eines Fabrikarbeitsgesetzes.“ Der Tagesordnung schließt sich folgender Aufruf an:

„Arbeiter und Arbeiterinnen! Seht ihr nicht das Unrecht, welches die Unternehmer Euren kämpfenden Brüdern und Schwestern zuteil werden lassen? Könnnt und wollt ihr noch länger die „Schmach auf Euch laden und dem Unternehmertum Streikbrecherdienste leisten; wollt ihr noch länger den Prozen von Mülhausen willenlos Euch hingeben! Auf die Schanzen, heißt die Parole! Darum komme jeder in die Versammlung!“

In der Versammlung selbst hingegen waren es dieselben soziald. Verbandsvertreter, die die Arbeiter fast flehentlich haben doch weiterzuarbeiten. Die Arbeiter der übrigen Betriebe hatte man zum Streike veranlaßt, hier forderte man die Arbeiterschaft aber auf, die „Schmach“ auf sich zu laden, dem Unternehmertum Streikbrecherdienste zu leisten und „sich noch länger den Prozen von Mülhausen willenlos hingeben.“ Die christlichen Leiter des roten Verbandes mußten sich auch nachträglich von ihrem Zentralvorsitzenden sagen lassen, daß sie unfähig seien eine Zahlstelle zu leiten, noch unfähiger aber, eine Bewegung durchzuführen. Das Ende vom Liede war, daß eher eine Verschlechterung als Verbesserung der Lohnbedingungen erreicht wurde. Der Bewegung wurde schließlich der Hals umgedreht und die Arbeiter gezwungen, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. — Und jetzt? Im ganzen sozialdemokratischen Blätterwald regt sich kein Sätkchen. Ueber allen Wipfeln ist Ruh. Ja, die sozialdemokratische „Mülhauser Volkszeitung“ besitzt sogar noch die Unverschämtheit, aus der jämmerlichen Niederlage einen Erfolg herauszukonstruieren. Nun Bescheldenhelt war noch nie die schwache Seite dieser Presse. Mögen die Arbeiter aus diesen Vorgängen ersehen, was hinter dem Wahnsinnsschrei der Genossen steckt: Viel Geschrei und wenig Wille.

Söest. Um auch den Frauen ein Bild von der Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften zu geben, hatten die hier am Orte bestehenden Zahlstellen der Holz- und Bauarbeiter zu einer Zusammenkunft in Form eines Familienabends eingeladen. Die Veranstaltung kann als eine gelungene bezeichnet werden. Die Kollegen Schid und Werner-Vochum, hatten es übernommen, aufführende Reden zu halten und verstanden dieselben es, allen Teilnehmern die Notwendigkeit unserer Bewegung klarzulegen. Wenn man die vielfachen Schwierigkeiten betrachtet, die in der Agitation stehenden Kollegen, vielfach den Frauen, bereitet werden, weil diese eben den Gedankengang unserer Bewegung nicht erfasst haben, so kann man wohl behaupten, daß derartige Zusammenkünfte, wie die von den hiesigen Zahlstellen veranstaltete, stets einen guten Erfolg haben.

Eingesandt.

An den Pranger damit!

Die gegenwärtigen Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiet haben im Laufe der Zeit beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer mehr und mehr geschult. Was keine Lehre vermochte, das hat die Praxis dem Arbeiter gezeigt. Trotzdem sind noch immer Leute zu finden, die diesen Tatsachen taub gegenüberstehen. Nicht ist dieser Umstand dem indifferenten Arbeiter allein zuzuschreiben, sondern Dank des arbeiterversäuernden Treibens sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer ist solche traurige Laßache zu verzeichnen. Halten es solche doch für eine ihrer Hauptaufgaben, Streiks zu inszenieren, die mit unsehbarer Gewissheit verloren gehen müssen. Mit großem Lamtam werden solche kulturfördernden Schauspiele begonnen, die mit einem kläglichen Fiasko enden. Triffst nun das Letztere ein, dann sind nie als die „Genossen“, fließ aber die „höhen“ Christlichen die Sündenböcke. Durch einen Fehler mag ja wohl mal eine Lohnbewegung verloren gehen, jedoch da es in letzterer Zeit geradezu Tagesordnung geworden, daß die großen Lohnbewegungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften stets zu Ungunsten der Arbeiter ausfielen, so dürfte die Arbeiterfreundlichkeit dieser Leute deutlich genug bewiesen sein. Diese anscheinend absichtlich vorbereiteten Niederlagen haben bewiesen, daß die Leute überhaupt nicht die Arbeiterrechte wahren können. Mit Wömmelburgs Ausspruch: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins“, hat die ehemals „frei“ sein wollende Gewerkschaftsbewegung sich der sozialdemokratischen Partei mit Haut und Haaren verkauft und ist selbstiger tributpflichtig geworden. Die ganzen größeren Lohnkämpfe der sozialdemokratischen Gewerkschaften sind sozialdemokratische Mäde. Es sei nur an die Komödie der Cölnner Holzarbeiter von 1905 erinnert. Gielten unsere Gegner uns dem wirklich für so dumm, daß wir

nach ihrer Pfeife tanzten? Kurz vorher erklärt man auf Cölnner Gewerkschaftskongress, die Christlichen nie als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen. Kurze Zeit darauf ging der Streik in Cöln los. Eine Blamage für die Genossen war die Folge. — Wie kläglich lief die mit hiesigen inszenierte Formerbewegung aus? — Anders als in Cöln kann man den Kampf der Bauarbeiter in Nürnberg nicht bezeichnen. — Der Streik der Cölnner Glaser in diesem Jahre, der noch die großartige Forderung enthielt, sämtlichen christlichen Feiertage zu befeitigen und dafür den 1. freizugeben, hätte es bald zu einer Generalaussperrung in Cöln kommen lassen.

Man dürfte bald merken, wie hier die Arbeiterinteressen vertreten werden. Wozu zahlen denn die Mitglieder der Gewerkschaften? Sollten solche Böcke von den Gewerkschaftsführern allein geschossen werden? Der Mannheimer Parteitag hat den kenden Arbeitern nur zu deutlich bewiesen, wie gut die Gewerkschaften bei der roten Partei aufgestellt sind. Dazu kommt noch die gleichsam systematische Verdummung der Leser der sozialdemokratischen Parteipresse über die Theater. Begien mußte schweigen, weil er andere Gebilde in der Generalkonferenz hatte, als Diktator Bebel, der in Jena zusammengespinnen hatte. Wenn die Gewerkschaften so öffentlich behandelt werden, wie schofel wird es wohl im geheimen geschehen? Das Geheimprotokoll über die übrigen die Maske soweit geöffnet haben, daß auch diese Frage genügend Licht hineingebracht ist. Diese hiesige sozialdemokratische Arbeiterfreundlichkeit ließe sich leichtlich noch vergrößern. Es ist aber nicht genug, arbeiterversäuernde Treiben dieser Herren zu erwähnen, sondern Pflicht sich zu fragen, welche Lehren das Geschilderte zu schauung. Der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften wird jedoch deswegen geführt, weil die christlichen Gewerkschaften die Interessen des Arbeiters voll und ganz vertreten. Derjenige christliche Arbeiter, der diesem Kampfe ruhig zuseht und nicht mit eingreift, verdient den Ehrentitel eines „christlichen Arbeiters“ nicht. — Notwendig erscheint, daß viel mehr wie bisher auch in unserem Organe die Schattaten der „Genossen“ festgenagelt werden. Die deutsche Arbeiterschaft müßte es tagtäglich hören, wie frivol „freien“ Gewerkschaften handeln, die Interessen der Arbeiter mit Füßen treten und hinterher sich noch mit „Erfolge“ brüsten. An den Pranger damit!

Zur Lage der Kollegen auf dem Lande.

Ans Werk! so lautet die Überschrift des Leitartikels Nr. 39 unseres Organs. Die darin angeführten Gebote und Umstände müßten allen Kollegen einleuchten, müßten ihnen zeigen, wohin sie gehören, wenn sie noch etwas Selbstbewußtsein und Ehrgefühl haben. Auffallen mußte aber dem Artikel, daß fast ausschließlich die Verhältnisse in größeren Orten in Betracht gezogen wurden. Obgleich ja wohl den Schwerpunkt unserer Bewegung in den großen Industriezentren haben, sind wir dennoch gezwungen, Kollegen in ländlichen Bezirken unsere Aufmerksamkeit widmen. Auch hier darf man mal zusehen, ob nicht Verschlechterung der Lebenshaltung zu verzeichnen ist. Wird sich schon bald herausstellen, daß man auch hier, auch nicht in dem Maße, wie in der Stadt, damit zu rechnen hat. So stehen z. B. die Preise für die notwendigen Lebensmittel wie Butter, Eier, Fleisch usw. denen in der Stadt viel nach. Auch wird für eine 3 Zimmer-Wohnung in 20 Mk. im Monat verlangt. Dementisprechend ist auch Logisgeld für ledige Kollegen von 1,20 — 1,60 Mk. wolle noch einer sagen, auf dem Lande läßt es sich billiger leben! Diesen letzten Ausspruch trifft man häufig bei Arbeitgebern, wenn von der Arbeitnehmerseite eine Forderung gestellt wird. Dann wird einfach gesagt, in der Stadt 5 Mk. verdient wird, können die Arbeiter in ländlichen Bezirken mit 3 Mk. zufrieden sein, denn sie zu zu Hause 1 oder 2 Schweine und brauchen in Folge davon oder nicht viel Fleisch zu kaufen; sie haben ein Land, welches ihnen Kartoffeln usw. liefert, wofür sie auch kein Geld auslegen. Dieser Ausspruch ist an sich für sich ja wohl richtig, aber denken wir mal nach. Die Arbeiter in der Großstadt haben im Durchschnitt einen weit kürzeren Arbeitstag, wie jene auf dem Lande. Sie müssen nun der Arbeiter in ländlichen Bezirken, sobald er der Arbeit in Fabrik oder Werkstatt nach Hause kommt, einige Stunden Feldarbeit machen, falls er kein Geld ausgeben will, und glaubt denn vielleicht jemand, ein Schwein käme von selbst in den Stall? Da muß erst ein solches gekauft werden für 15 — 20 Mk., dann will es 6 — 8 Monate gefüttert werden, was jedenfalls auch viel kostet, weil mit Pumpenwasser kein Schwein gemästet werden. Hieraus kann man die Auslagen des Arbeiters seinen Betrieb ersehen: direkte an Einkauf und Futter für das Vieh, indirekte an Arbeitsstunden, welche der gewöhnliche Mensch noch zu Hause tätig sein muß.

Ein gerechter Beurteiler wird dazu sagen müssen, es dem Arbeiter möglich ist, auf diese Weise billiger zu kommen, dann hat wahrscheinlich noch kein Arbeitgeber das auf Grund dessen den Lohn zu kürzen. Wenn man der Sache auf den Grund geht, kommt man zu dem Schlusse, daß Arbeiter in ländlichen Bezirken gezwungen ist, für seinen Lebensunterhalt 14 — 16 Stunden zu arbeiten, während Arbeiter in der Stadt nur 10 Stunden oder weniger arbeiten. Dies ist für wahr ein Kontrast. Der Arbeiter auf dem Lande sollte, wenn es ihm möglich wäre, mit weniger Geld kommen, sich doch einen Beherrschern für schlechte Zeiten zu legen können. Die Tatsachen beweisen in dieser Hinsicht, daß gerade Gegenteil in vielen Fällen. Hieraus ergibt sich für die Arbeiter nun die Pflicht, selbst Hand anzulegen der Verbesserung ihrer Lage, und solches können sie nur durch Zusammenschluß in den christlichen Gewerkschaften. Für uns Gewerkschaftler spricht hier noch ein ganz wichtiges Moment mit. Da die Arbeitgeber ländlicher Bezirke billiger

Arbeitskräfte haben, ist es ihnen möglich, Konkurrenz zu haben, was besonders in der Möbelbranche zu beobachten ist...

Adressenveränderungen.

- Vorsitzender: Peter Heuwagen, Nr. 8. Kassierer: Josef Köstler, Schneidmühlweg 32b. ...

Gewerkschaftliches.

Auf dem Mitgliederfange befindet sich augenblicklich der Zentralverein der Bildhauer. Da seine Werbekraft unter...

Übertritt aus einer anderen Gewerkschaft, auch christlich-dunkler Richtung, wird die Dauer der Mitgliedschaft...

Berliner Verwaltungsstelle des sozialdem. Bildhauervereins macht sich nun diesen Beschluß gleich zu nutze...

Kollegen! Es gibt eine Anzahl von Kollegen, welche sich in Organisationen befinden und sich uns gerne anschließen...

den guten Leuten wohl vorgegaukelt haben mag, in anderen Organisationen so viele Bildhauer befinden...

Die Versammlungen nicht ausfallen dürfen, zeigte eine solche, die am Freitag den 2. November vom Gewerkschaftsverein der Metallarbeiter zum Krystallpalast...

sprach. Der Vorsitzende verweigerte jedoch die Abstimmung und nahm Schmitz daher diese selbst vor. Mit überwältigender Mehrheit wurde die Resolution angenommen.

Noch widerlicher aber als solche Vorgänge ist das Verhalten der „Westdeutschen Arbeiterpost“, des Organs der Hirsch-Dunklerischen Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen...

Gelogen ist, daß seine Rede aufreizend wirkte. Eher konnte sie Mitleid mit den Hirsch-Dunklerianern erwecken.

Gelogen ist, daß eine Horde Christliche auf den Gewerkschaftsbeamten Hartmann einbrang und ihn mißhandelt hat.

Gelogen ist, daß von christlichen Radaubrüdern das Licht ausgekehrt wurde. Es ist dieses vom Wirt geschehen.

Gelogen ist, daß es Stühle, Biergläser, Bieruntertische, Streichholzständer und Stockschläge gegen den Vorstandstisch und die Gewerkschaften gehagelt hat.

Gelogen ist, daß der Saal das Bild einer schrecklichen Verwüstung bot.

Gelogen ist, daß die Beamten des christlichen Verbandes als Rädelsführer gelten. Czislitz, der zu allem den Anlaß gab, ist Beamter des Gewerkschaftsvereins S.-D.

Gelogen ist, daß 50 Stühle mehr oder minder demoliert wurden.

Gelogen ist, daß 100 Biergläser zertrümmert sind.

Gelogen ist, daß der Saalinhhaber eiblich ausgefagt habe, das Werfen sei von der Seite erfolgt, wo die Christlichen saßen.

Gelogen ist, daß bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen sein sollen.

Gelogen ist, daß die Erregung unter der Arbeiterschaft ungeheuer sei.

Als verantwortlich für all diese Lügen und Uebertreibungen bekennet sich Anton Erkelenz, der bekannte Taktiker bei der Formerbewegung. Warum ein solches Gebahren? Wir verurteilen ohne weiteres die geschehenen Vorkommnisse...

Soziale Rundschau.

Soziale Wahlen. In der letzten Zeit haben eine ganze Reihe soziale Wahlen stattgefunden, die ein erfreuliches Wachstum der christlichen Arbeiterbewegung konstatieren lassen.

wählt. Die Bruchsaler Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse zeigte das Resultat, daß die Kandidaten der christlichen Arbeiter mit 774 Stimmen gegen 588 sozialdemokratische gewählt wurden.

Arbeitsmarkt im Monat September. Der Monat September trug auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt das Gepräge einer günstigen Konjunktur. In der Holzindustrie ist allerdings teilweise eine geringe Abschwächung eingetreten...

Ein Streikgesekzentwurf ist kürzlich vom Regierungsrat im Kanton Bern zur Vorlage gebracht worden und wird wahrscheinlich in der nächsten Session Ende d. J. vom Großen Rat geprüft werden.

Schwindelkrankenassen. Bei Gelegenheit der im v. J. veranstalteten Hausagitation, so schreibt die „Textilarbeiter-Zeitung“, kamen unsere Kollegen mit den verschiedensten Leuten in Berührung und bekamen die verschiedensten Einwendungen gegen den Verband zu hören.

Einen Einblick in das Geschäftsgebahren derartiger Rassen gewährte eine Gerichtsverhandlung, die sich dieser Tage vor dem Landgericht I in München abspielte.

Auf der Anklagebank saßen die Versicherungsagenten: 1. Adolf Fischer in Plauen i. V., 2. Johann Raffeneder aus Straßburg, 3. der Waldhüter Karl Bod aus Wülflingen, zur Zeit in Echhausen bei Dachau, 4. der Versicherungsagent Josef Hartmann aus Stein und endlich 5. der Gastwirt Josef Amelungen in Lichtental bei Baden-Baden.

In München steigerte Raffeneder für die Ortskrankenkasse Bawaria eine Bureaueinrichtung um 70 Mark ein, die er der Kasse mit 170 Mark verrechnete.

Summe von 24 000 Mark zur Bestreitung der „Verwaltungs-Kosten“. Im Anschluß an die Generalversammlung wurde sofort eine Vorstandssitzung abgehalten, in der die Schwindler ihre Gehälter exorbitant erhöhten. Fischer bekam als erster Vorstand 320 Mark, Raffener, als bisheriger zweiter Vorstand, ließ sich zum Kontrolleur ernennen mit 275 Mark und Ernst wurde mit einem Gehalt von 300 Mark zweiter Vorstand. Um den Reservefonds künimerten sich die Angeklagten nicht; er war im ganzen mit 150 Mk. bedient, obwohl die Einnahmen 130 000 Mk. betragen. Die Vorstandsschicht war nur darauf bedacht, kräftig einzuhelfen, kein Wunder, daß die Verwaltungskosten 95% der Einnahmen verschlangen. Dem Vorstandsmitglied Bartmann wurde gegen Wechsel ein Darlehen von 300 Mk. gewährt, eingelöst wurde der Wechsel natürlich nicht. In ihrem Verhör suchte sich jeder der Angeklagten auf Kosten eines anderen zu entlasten.

Der ehemalige Vorstand der Krankenkasse Bavaria, Adolf Ernst, hatte die Einlage von 9000 Mk. aus dem Vermögen seiner Frau gemacht. Ernst wurde deshalb auf 12 Jahre angefaßt. Als Ernst aber sah, daß die Krankenkasse abfolgt nicht lebensfähig war und daß es zu einem Zusammenbruch kommen müsse, verlangte er von der Vorstandsschicht von seiner Einlage 6000 Mark zurück. Eine Vorstandssitzung vom 28. Juni 1902 gewährte dieses Verlangen, obwohl nur eine Generalversammlung dazu berechtigt gewesen wäre. Um diese 6000 Mark ward später die Konkursmasse geschädigt. Ein Herr Hans Rueder wurde auch zur Einlage von 10 000 Mark veranlaßt. Damit hat man wieder Verwaltungskosten bestritten. Infolge zahlreicher in der Presse laut gewordener Klagen und mehrerer an die Polizei gelangten Anzeigen wurde endlich durch Beschluß der Regierung von Oberbayern am 31. Dezember 1902 die Krankenkasse geschlossen. Neben das Vermögen wurde das Konkursverfahren eröffnet, das aber mangels Masse wieder eingestellt werden mußte. Die Prüfung der Bücher ergab, daß nur 5% zu Unterhaltungszwecken, dagegen 95% für die Verwaltung Verwendung gefunden hatten.

Interessant war die Bekundung des Polizeioffizianten Zahn-Augsburg über die behördlich vorgenommenen Revisionen. Demnach hatten die Revisionen jedesmal zu erheblichen Beanstandungen geführt. Die Vorstandsschicht war gegenüber den polizeibehördlichen Anordnungen sehr renitent und sei einmal in eine Geldstrafe von 100 Mark genommen worden. Der Reservefonds betrug oft nur 30 bis 40 Mark. Dem Zeugen machte es den Eindruck, daß die Vorstandsschicht nur auf den eigenen Vorteil bedacht war. — Zeuge Kaufmann Mendl hat in seiner früheren Eigenschaft als Offiziant der Polizeidirektion wiederholt Revisionen vorgenommen. Das Betriebskapital bestand aus 150 Mark; alles sei durch die Verwaltung aufgezehrt worden. Zeuge war überzeugt, daß die Kasse nicht existieren kann. — Versicherungsinspektor Benz wurde ebenfalls Vorstandsmitglied der Bavaria, als er 10 000 Mark Einlage in Aussicht stellte. Sein Gehalt betrug 300 Mark monatlich. Beim Schluß der Kasse seien etwa 40 000 Mitglieder vorhanden gewesen. Die „Hebe“ in der Presse habe den Ruin der Kasse besiegelt. — Der Vorsitzende meinte, daß die Hebe sehr gut war, sonst wären vielleicht noch viele tausend Leute mehr hereingefallen.

Nach dem Gutachten der Sachverständigen war die Buchhaltung eine äußerst mangelhafte. Als Mitgliederbeiträge gingen ein 158 611,40 Mark, an Einschreibgebühren wurden vereinnahmt 9059,50 Mark. Darin sind die Aufnahmegebühren à 2 Mark, die den Agenten gehörten, nicht einbezogen. Am Ende waren noch 20 000 Mitglieder vorhanden, an Krankenunterstützung wurden 56 212 Mark ausbezahlt, den Rest von 111 458,90 Mark verschlang die Verwaltung. Der Mitgliederbestand wuchs rapid, als ein von Ernst verfaßter Prospekt herausgegeben wurde mit den schwindelhaftesten Angaben über den Vermögensstand der Kasse. Buchrevisor Schilling ist der Überzeugung, daß das Bestreben der Angeklagten war, möglichst viel Geld zu verdienen und das Publikum zu betrügen.

Das gefällte Urteil lautet für Fischer auf 10 Monate Gefängnis, für Raffener auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, für Bartmann auf 3 Wochen Gefängnis und 60 Mark Geldstrafe, für Voß auf 20 Mk. Geldstrafe. Amelungen wurde freigesprochen und die Verhandlung gegen Ernst ausgesetzt.

Die Gewerbegerichte im Jahre 1905. Nach der soeben erschienenen Statistik bestanden im Jahre 1905 im deutschen Reiche 387 (391*) auf Grund des Reichsgesetzes errichtete, 24 auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte sowie 433 (419) Innungs-Schiedsgerichte.

Die Gesamtzahl der an den reichs- sowie landesgesetzlichen Gewerbegerichten anhängig gemachten Rechtsstreitigkeiten stieg von 100 778 im Jahre 1904 auf 108 017 im Jahre 1905. In 99 763 (93 850) Fällen klagten Arbeiter gegen Arbeitgeber, in 7872 (6574) Fällen Arbeitgeber gegen Arbeiter, in 382 (345) Fällen Arbeiter gegen Arbeiter. Eine große Steigerung der seitens der Arbeiter gegen Arbeitgeber anhängig gemachten Klagen weisen die Regierungsbezirke Königsberg (1831 auf 1646), Arnberg (4184 auf 4772), Düsseldorf (3542 auf 4443) auf. Bemerkenswerte Steigerungen sind auch in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Berlin, Breslau, Liegnitz, Stade, Aurich, Münster, Kassel, Wiesbaden, Koblenz zu verzeichnen. Die Zahl der im Oberbergamtsbezirk Dortmund anhängig gemachten Klagen ist gegenüber 1904 von 1012 auf 932 gefallen. Interessant ist auch ein Vergleich der Art der Erledigung der Streitigkeiten.

Durch Vergleich wurden erledigt 47 143 (44 617), durch Verzicht 2737 (2564), durch Anerkenntnis 1 796 (1602), auf Besatzurteil 10 942 (10 308), durch andere Endurteile 17 105 (16 230) Streitfälle. Das Verfahren dauerte bei der letzteren Art der Erledigung bis zur Verhängung des End-

urteils in 5545 (5142) Fällen weniger als 1 Woche, in 5964 (5119) 1—2 Wochen, in 4192 (4046) 2 Wochen bis 1 Monat, in 1809 (1765) 1—2 Monate, in 195 (148) 3 Monate und mehr.

Was den Wert des Streitgegenstandes anbelangt, belief sich derselbe in 50 018 Fällen bis zu 20 Mk. in 38 757 Fällen 20—50 Mk., in 18 391 Fällen 50—100 Mk., in 6983 Fällen auf 100 Mk. und mehr. Man wird kaum fehlgehen, wenn man die Werthöhe, um welche von den oben bezeichneten Gerichten gestritten wurde, auf weit über 3 Mill. Mark schätzt.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die Tätigkeit unserer Gewerbegerichte als Einigungsamt bei ersten Konflikten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern. Der Statistik zeigt, daß die einigungsamtliche Tätigkeit der Gewerbegerichte im Wachsthum begriffen und von Erfolg begleitet ist. Während sie im Jahre 1904 von den streitenden Parteien in 103 Fällen als Einigungsamt angerufen worden sind, stieg diese Zahl im Jahre 1905 auf 350 an. Während früher es fast ausschließlich die Arbeiter waren, welche das Gewerbegericht angingen, sind im Jahre 1905 erfreulicherweise 165 Fälle zu verzeichnen, in denen das Gewerbegericht von beiden Seiten und in 10 Fällen nur seitens der Arbeitgeber angerufen wurde. Nur seitens der Arbeiter geschah die Anrufung in 175 Fällen.

128 (80) Vereinbarungen wurden vor den Gerichten getroffen und 25 Schiedssprüche wurden gefällt, während es in 264 Fällen weder zu einer Vereinbarung noch zu einem Schiedsspruch kam. In 5 Fällen weigerten sich die Arbeitgeber, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen; die Arbeiter in 3 Fällen, beide Parteien ebenfalls in drei Fällen. Völlig erfolglose Einigungsversuche ohne Schiedsspruch wurden 47 unternommen.

So erfreulich die Steigerung der einigungsamtlichen Tätigkeit ist, so befriedigt sie doch nicht recht. Die Zahl der Anrufungen steht nicht im rechten Verhältnis zu der Menge der Streits und Ausperrungen. Dazu beschränken sich die Anrufungen zumeist auf die Gewerbegerichte in größeren Städten, z. B. hat Berlin allein 26 Vermittelungen. Dieser Zweig der gewerbegerichtlichen Tätigkeit bedarf daher noch sehr des Ausbaues. Vor allem wäre zu wünschen, daß die Gewerbegerichte selbst mehr Initiative auf diesem Gebiete entfalten würden und bei den Einigungsverhandlungen sich weniger vom juristischen als sozialem Gesichtspunkte leiten ließen. Einige Gewerbegerichte haben darin schöne Fortschritte gemacht, andere lassen noch viel zu wünschen übrig. Aber auch die immerhin noch geringen Erfolge sollen uns nicht pessimistisch stimmen. Aus der immerhin erfreulichen Steigerung der einigungsamtlichen Tätigkeit leuchtet das eine hervor:

Es wächst die Einsicht in Kreisen der Arbeitgeber, der Hetzenstandpunkt wird mehr und mehr verlassen, man gewöhnt sich langsam daran, mit den Arbeitern zu verhandeln und sich zu verständigen. Der Tarifgedanke macht Fortschritte und er wird in wachsendem Maße die Gewerbegerichte in ihrer Eigenschaft als Einigungsamt beschäftigen und diesen wird es vorbehalten sein, hervorragend Anteil zu nehmen an der praktischen Verwirklichung der Tarif-Idee in den verschiedensten Gewerben.

Noch weniger befriedigt die Tätigkeit der Gewerbegerichte hinsichtlich der erstatteten Gutachten. Nur 30 (33) wurden von den in Betracht kommenden 411 Gewerbegerichten abgegeben. Diese Tätigkeit zu einem nützbringenden Faktor für den Ausbau des Arbeiterschutzes auszugestalten, wird den zu errichtenden Arbeitskammern vorbehalten bleiben.

Das Reichsarbeitsblatt berichtet erstmals über die neu errichteten Sondergerichte für Streitfälle aus dem kaufmännischen Arbeitsverhältnis, den Kaufmannsgerichten. Es bestanden danach im Jahre 1905 im deutschen Reiche 227 solcher Gerichte, davon in Preußen 144, in Bayern 23, Sachsen 15, Württemberg 8, Baden 7, Hessen 5, Mecklenburg 3, Sachsen-Weimar und Elsaß-Lothringen je 4, Oldenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Bremen je 2, Braunschweig, Sachsen-Mtenburg, Neuf à. L., Neuf j. L., Lübeck und Hamburg je 1. Mit Ausnahme von Preußen und Bayern sind alle Kaufmannsgerichte in den genannten Bundesstaaten an die bestehenden Gewerbegerichte angegliedert. In Preußen von 144: 115, in Bayern von 23: 20. 785 Kaufleute klagten im Berichtsjahre gegen Gehülfen und Lehrlinge, letztere in 13 500 Fällen gegen ihre Arbeitgeber. Die Streitfälle wurden in 6290 Fällen durch Vergleich, in 57 durch Verzicht, in 111 durch Anerkenntnis, in 1905 durch Zurücknahme der Klage, in 935 durch Besatzurteil, in 2644 durch andere Endurteile, in 1177 Fällen auf andere Weise erledigt. Hier dauerte das Verfahren im Gegensatz zu den Streitfällen vor den Gewerbegerichten in den meisten Fällen 1—2 Wochen (708), 2 Wochen bis 1 Monat (705) und 1 Monat bis 3 Monate (560), in 125 Fällen sogar über 3 Monate. Nur in 546 Fällen waren die Streitfälle in weniger als einer Woche erledigt. In den meisten Fällen (8439) handelte es sich um Leistungen aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis. Während es sich in den Streitfällen vor den Gewerbegerichten in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle um Streitgegenstände bis zu 50 Mark handelt, entfällt hier das Hauptkontingent auf Werte von 100—300 Mark (4823 Fälle). Dann folgen nach der Anzahl der Fälle nach unten Streitgegenstände im Werte von 50 bis 100 Mark (2836), über 300 Mark (2414), 20—50 Mark (2084), bis zu 20 Mark (1271). In 857 Fällen war der Wert des Streitgegenstandes nicht festgestellt. Die Tätigkeit der Kaufmannsgerichte als Einigungsamt ist erklärerweise völlig bedeutungslos. Die Statistik verzeichnet einen einzigen Fall aus dem Regierungsbezirk Arnberg. Dagegen wurden 14 Urträge gestellt und

34 Gutachten abgegeben. Diese Zahlen sprechen deutlich dafür, daß in der Schaffung der Kaufmannsgerichte ein Bedürfnis entsprochen worden ist.

Aus dem gewerblichen Leben.

Bereinigte Pinselfabriken N. O. in Nürnberg. Der Abschluß dieser Gesellschaft ergibt, hat sie in beendeten Geschäftsjahre einen guten Gewinn gehabt. Einschließlich des Gewinnvertrages von 66 137 Mk. wurde ein Rohgewinn von 815 250 Mk. erzielt. Gegen das Vorjahr ein Mehr von 47 899 Mk. Für Abschreibungen, Gewinnanteile in Rückstellungen dienen 190 689 Mk.; weiter erhalten außerordentliche Rücklage 50 000 Mk. und die Sonderrücklage 25 000 Mk.; dann verbleiben 549 610 Mk. Reingewinn, woraus wieder 12 1/2% Dividende verteilt und 80 800 Mk. vorgetragen werden sollen.

Soziale Rechtspredung.

Zur Begriffsbestimmung des Tarifvertrages. § 153 der Gewerbeordnung wird bekanntlich derjenige bestraft, welcher „andere“ durch Anwendung körperlicher Zwanges, durch Drohungen, durch Berrückerkündung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten. Gegen diese Gesetzesvorschrift sollten mehrere Gewerbegehilfen dadurch verstoßen haben, daß sie gelegentlich Aufstellung eines neuen Lohntariffs die Verabredung trafen, bei einem Meister, welcher die erhöhte Lohnforderung des neuen Tariffs ablehnte, nicht eher zu arbeiten, als bis dieser die geforderten Löhne zahlen werde, und sie diese Verabredung in einer Tageszeitung veröffentlichten, die in der Stadt, in welcher der Lohnkampf stattfand, viel gelesen wird. Auf Grund dieses Tatbestandes hatte das Schöffengericht die Gewerbegehilfen zu Geldstrafe verurteilt, und das Landgericht, bei welchem letztere Berufung gegen ihre Verurteilung einlegten, bestätigte die Entscheidung der Vorinstanz, indem es sich von der Erwägung leiten ließ, der von den Gewerbegehilfen im Anerkenntnis seitens der Mehrheit der Meister aufgestellten Lohntariff sei eine schriftlich fixierte „Verabredung“ zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, und die Angeklagten hätten widerrechtlich versucht, den Meister zu bestimmen, an dieser Verabredung teilzunehmen und ihr Folge zu leisten. Der § 153 der Gewerbeordnung sei aber nicht nur zum Schutze der Arbeitnehmer, sondern auch zum Schutze der Arbeitgeber bestimmt, denn unter „andere“ im Sinne dieser Vorschrift seien nicht nur diejenigen anzusehen, welche in einem Lohnkampfe auf der gleichen Seite stehen, sondern auch Personen, die sich auf der gegnerischen Seite befinden. Dieses Urteil griffen die Angeklagten durch Revision an das Oberlandesgericht Kiel an und dieser Gerichtshof gelangte denn auch zu einer ganz anderen Auffassung der Sache. Die Vorinstanz verkennt durchaus das Wesen des Tarifvertrages — so heißt es in den Gründen —, wenn sie von der Mehrheit der Meister anerkannten neuen Lohn-tarif als eine „Verabredung“ zur Erlangung günstiger Lohnbedingungen ansieht. Der Abschluß des Tarifvertrages war nicht das Mittel zur Erlangung der günstigen Lohnbedingungen, sondern er war das erstrebte Ziel. Die Verabredung, bei dem fraglichen Meister nicht zu arbeiten, als bis er sich dem Tarif unterwerfe, ist nicht der Tarifvertrag, sondern die Verhängung einer Sperre über den Betrieb des Meisters, was die Verabredung im Sinne der Gewerbeordnung. An dieser Verabredung teilzunehmen oder ihr Folge zu leisten, haben die Angeklagten den Meister sicherlich bestimmen wollen, es wäre ja widersinnig, wenn jemand bestimmt werden sollte, an der Sperre seines eigenen Geschäftes teilzunehmen. Da aber die Verhängung der Sperre ein Mittel zur Erlangung des Lohnes ist, so ist die Verabredung der Lohnbewegung ist, so waren die Angeklagten freigesprochen.

Bürstenmacher gesucht.

Per sofort finden 10—15 Bürstenmacher für Pechen- und Zuriichten dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn.
Fritz Hölz, Bürstenfabrik,
Bippstadt, Ribbederstraße 66—68.

Günstige Holzbildhauer (Ornamentiker) per sofort gesucht bei hohem Lohn und dauernder Stellung. Dienst nicht unter 45 Pfg. per Stunde.
Wilhelm Burg,
Sellenkirch, Wannerstraße 65.

Sofort gesucht:
Einen tüchtigen Schreinerwerkmeister nicht unter 30 J. welcher bereits auf Kirchenmöbel gearbeitet hat und auch in Bauwerkerei Erfahrung besitzt.
3—4 Schreinergehilfen (möglichst militärfrei).
Einen geübten Maschinenarbeiter (Fraser).
Zwei Holzbildhauer.
D. Hettich, Kirchliche Kunsthandlung,
Sagenau, Elb.

Verantwortl. Redakteur: Carl Janßen, 60a.
Druck von Heinrich Treßing, 65b.

* Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf 1904, wo sie fehlen, sind die Zahlen dieselben geblieben.